

47. Jahrgang

2-2014

€ 4,50

WEM GEHÖRT
DIE STADT?

AMOS

erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet



Inhalt

Kolumnen

- 3** *Hermann Schulz*
Eine intime Kinderfrage
- 4** *Wolfgang Belitz*
Die neue Sozialwortlosigkeit

Schwerpunkt: Wem gehört die Stadt?

- 5** *Anton Schlösser*
Heimatloser Heimatabend in der Stiftstraße
- 6** *Robert Bosshard*
Oberhausen spiegelt das Revier!
- 8** *Rolf Euler*
Über die Zurichtung einer Stadt zum Konsum
 Palais oder Arkaden oder Konsumtempel
 der Größe und Herrlichkeit
- 9** *Yasemin Utku*
Neuer Blick auf das Quartier „Alter Bahnhof“
- 10** *Kerima Bouali, Sigmar Gude*
Gentrifizierung oder Wiederkehr der Wohnungsnot? – Sozialstrukturelle Entwicklungstendenzen
 in Berliner Innenstadtwohngelieten
- 13** *Sebastian Müller*
**Die Recht-auf-Stadt-Bewegung
 und das Ruhrgebiet**
- 14** *Wolf Stammnitz*
Soziale, selbstbestimmte Arbeit in Dortmund!
- 16** *Wolfgang Richter*
Der Mensch im Mittelpunkt?
- 18** *Heiko Holtgrave*
Ideenwettbewerb Zukunft Metropole Ruhr –
 Mehr als eine „Bereicherung des Ideenhimmels
 über der Ruhr?“

Menschenorte 22

- 19** *Manfred Walz / Sebastian Müller*
Zwei Länder draußen im grünen Vorort

- 20** *Wilhelm Neurohr*
Wem gehört die Stadt –
 den transatlantischen Freihändlern?

Palästina

- 22** *Viktoria Waltz*
Recht auf die Stadt?
 Für Palästinenser in Israel und den besetzten
 Gebieten ausgeschlossen

1WURF

- 23** *Johanna Fleischhauer*
Wem gehört das Land?

Impressum ...	Seite 18
Abo-Bestellschein ...	Seite 21
Literatur / Lesetipps ...	Seiten 9, 12, 15, 16, 22, 23
IMI-Aufruf	Seite 5
Anzeige Westfälisches Dampfboot ...	Seite 7
Anzeige Klartext Verlag ...	Seite 17
Anzeige CBG	Seite 19
Anzeige BUKO	Seite 23
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24

Editorial

Die Untersuchung der neoliberalen Neuordnung des Ruhrgebiets in diesem Heft und die bange Frage, wem „die Stadt“ und die Bedingungen unseres Alltags mittlerweile gehören, erhalten Hinweise auf den Weg: *Robert Bosshard* zeigt den gemeinsamen geschichtlichen Hintergrund der Ruhrgebietsstädte an Oberhausen und fordert auf, die Chance der Lücke zu nutzen. *Anton Schlösser* leidet für uns eine Orientierungsgeschichte. Die Konzentration der tagtäglichen Versorgung und die Kommerzialisierung der Stadtmitten hat inzwischen auch das peripher gelegene Recklinghausen erreicht, zeigt *Rolf Euler*. Dagegen erscheint der Rettungsversuch eines qualitätsvollen Stadtteils mit den Bewohnern in Bochum, an dem *Yasemin Utku* beteiligt ist, fast wie eine Insel der Denkmal-Seligen.

Kerima Bouali und *Sigmar Gude* stellen den Zusammenhang von Gentrifizierung und Wohnungsnot nach eigener Recherche beeindruckend klar für Berlin vor. Wenn auch Gentrifizierung und Wohnungsnot in den Städten des Ruhrgebiets einen anderen Zuschnitt haben, so sind doch hier die Versuche der LEG, Annington, Immeo und anderer, die Profitrate ihrer Konzerne zu steigern, gleich bedrohlich für einkommensarme Mieterschichten. *Sebastian Müller* fragt, ob nicht eine inhaltlich viel breiter aufgespannte Koordination von Widerstand gegen Ausbeutung, Abzocke bei Mieten einerseits mit sozialer Bewegung und Projekten andererseits als „Recht-auf-Stadt“-Netzwerk agieren könnte.

Wie sich zur selben Zeit die Lage von Menschen bei der Existenzsicherung zuspitzt – hier: in der sozialen Beschäftigungspolitik, die Europäischer Sozialfonds (ESF) und die ARGEN mit kleinem Geld finanzieren –, untersuchen *Wolf Stammnitz* und *Wolfgang Richter* am Dortmunder Beispiel. Und in welcher Weise sich – nahezu unbeeindruckt von diesen dramatischen sozialen Zuspitzungen – der Regionalverband Ruhrgebiet (RVR) aufgerufen sieht, die zukünftige Entwicklung an Ruhr und Emscher vorzubereiten, entblättert *Heiko Holtgrave*.

Zudem werden die Ärmern, die Arbeitslosen und überhaupt die Allgemeinheit mitsamt unseren Kommunen von außen durch das beabsichtigte „Freihandelsabkommen“ des TTIP zwischen Kanada/USA und der EU bedrängt werden – und wie wir dabei auch gegenüber einer uneingeschränkten privaten Ökonomie machtlos gemacht werden sollen, das zeigt *Wilhelm Neurohr*.

Weit schärfere Prozesse ähnlicher Art zeigen sich anderswo. *Viktoria Waltz* erinnert: In Israel werden Palästinensern ihre privaten Bodenrechte und ihr Recht auf Stadt seit Jahrzehnten per Verfassung, Militär und Besatzungsrechten verwehrt. *Johanna Fleischhauer* zeigt parallel dazu, wie umfassend der Bevölkerung in Afrika die Ernährungsgrundlage Land durch mega-große Landkäufe entzogen wird.

Ferne Entwicklungen? Dieser Tage gab es eine bittere Entdeckung: Während weltweit soziale Ungleichheit und soziale Ungerechtigkeiten immer unerträglicher zunehmen, haben die Evangelische Kirche in Deutschland und die katholische Deutsche Bischofskonferenz begonnen, die Verteilungsgerechtigkeit als zentralen Punkt jeder gesellschaftlichen Gerechtigkeit aufzugeben – so ihr „Sozialwort“ in diesem Jahr. Das berichtet *Wolfgang Belitz* am Beginn dieses Heftes. Also noch mal von vorn, am besten gleich die anrührend tröstende Geschichte von *Hermann Schulz* lesen!

Ein kurzer freundlicher Hinweis bleibt noch: Ende Juni erhält die Reihe „Menschenorte“ des AMOS einen kleinen Aufmerksamkeitspreis des Forum Geschichtskultur an Ruhr und Emscher.

Allen einen schönen Menschenort
 wünscht AMOS.

Hermann Schulz

Eine intime Kinderfrage

Regelmäßig lese ich in Schulklassen Teile aus meinen Büchern oder neue Geschichten. Ehrlich gesagt: Die Fragen, die die Kinder anschließend stellen, wiederholen sich und zeigen oft, dass sie nicht richtig zugehört haben. Das muss man mit Geduld ertragen, denn in ihren Köpfen arbeiten sie oft minutenlang aufgeregt an ihren Formulierungen, so dass einiges an ihnen vorbeigeht.

Dann gibt es Wortmeldungen, die ganz wunderbar die kindliche Weltsicht oder tief verborgene Hoffnungen und Probleme zeigen; schon deshalb lohnen sich solche Lesungen und Gespräche.

Vor wenigen Wochen erlebte ich in der Else-Lasker-Schüler-Schule in Wuppertal eine Besonderheit: Die Schülerinnen und Schüler waren zwischen 13 und 14 Jahren alt; die Lehrerin hatte sie gut auf meinen Besuch vorbereitet. Entsprechend waren die Fragen gezielt, klug und manchmal zu Herzen gehend. Wir sprachen über die Herkunft von Geschichten, und wie und ob ich als Autor das Selbsterlebte in meine Bücher bringe, welche Rolle die Phantasie spielt, Erfahrungen mit Menschen und dergleichen mehr. Dieses Zusammenspiel interessierte auch jene Schüler, die sich nie zu Wort melden.

Da fragte mich eine Schülerin, leicht errötend:

„Wie ist das eigentlich mit Ihren eigenen Liebeserlebnissen? Bringen Sie die auch in Ihre Bücher?“ Nach kurzem Zögern sagte ich wahrheitsgemäß:

„Auf keinen Fall! Die gehören nur mir und der früheren Partnerin!“

Ich sah, wie es in den Köpfen der Kinder arbeitete und sie versuchten, diese Antwort richtig zu deuten; sie schien ihnen zu gefallen. Da meldete sich dieselbe Schülerin noch einmal: „Darf ich Sie noch etwas fragen? Es gibt in Ihrem Leben doch sicher auch Sachen – als Sie verliebt waren, meine ich, also: wo nichts zustande gekommen ist. Die Frau Nein gesagt hat zum Beispiel! ... oder so?!“

Meine Antwort machte mir keine Mühe. „Das ist das Privileg eines Autors! Solche Erlebnisse kann er in gelungene und geglückte Liebesgeschichten verwandeln. So oft er will! Davon finden sich viele in meinen Büchern.“

In dem Augenblick fiel mir ein geeignetes Beispiel ein. Einige Monate vor dieser Lesung war im Verlag Beltz & Gelberg die Anthologie „Glücksvogel“ erschienen. Ich hatte für diese Sammlung, die Jochen Gelberg selbst herausgegeben hat, u.a. eine solche Geschichte niedergeschrieben, sie trägt den Titel „Lied am Wintermorgen“.

Ich erzählte der Schulklasse, ich sei als Dreizehnjähriger in ein Mädchen namens Claudia aus meiner Klasse verliebt gewesen. Da sie aber aus sehr reichem Haus kam, immer toll gekleidet war, und ich aus einer armen Familie, meine Kleidung war entsprechend, hätte ich mich nie getraut, sie anzusprechen und ihr meine Zuneigung zu gestehen. Sie hatte ja, glaubte ich, nicht einmal einen Blick für mich ...

Aus dieser Erinnerung hätte ich die Liebesgeschichte „Lied am Wintermorgen“ geschrieben, wo alles auf wunderbare Weise glücklich ausgeht. –

Aber damit war die Geschichte nicht zu Ende, und ich er-



zählte, was sich wenige Monate nach Erscheinen des Buches ereignet hatte:

„Bei mir ging das Telefon.“

„Hier ist Claudia! Deine alte Klassenkameradin ...“ Sie lachte. „Du kannst mich, wenn Du willst, natürlich auch Cornelia nennen!“ Diesen Namen hatte ich ihr in der Geschichte gegeben.

Ich war völlig überrascht, ein wenig verwirrt – und erröte vermutlich am Telefon. Dann sprach Claudia weiter: „Stell Dir mal vor! Ich habe für meine Enkel das Buch „Glücksvogel“ gekauft, und was lese ich da? Deine Geschichte! Diese Cornelia in deiner Erzählung, das kann doch nur ich gewesen sein, oder? Ich habe es sofort erkannt, weil Du das Porzellan-geschäft meines Vaters erwähnt hast ...“

Ich erröte am Telefon noch mehr und stammelte herum. Dann fuhr sie fort: „Du bist wirklich ein Idiot! Warum hast Du mir damals nichts gesagt? Ich fand Dich doch auch toll! Aber Du hast mich ja nicht mal angeguckt!“

Dann lud sie mich ein, sie und ihre Familie am Niederrhein zu besuchen. Es wurde eine wunderbare Begegnung. Bei Kaffee und Kuchen mit Mann und Kindern. Allerdings haben wir den Grund für die Einladung nicht erwähnt. Ist auch besser so, denn jetzt gehört die Geschichte ihr und mir! (... und den AMOS-Leserinnen und -Lesern)

Diese Folgen des Telefonats erzählte ich der Klasse. Die Schülerinnen und Schüler waren, wie man sagt, aus dem Häuschen. Dass es nach über 60 Jahren doch noch zu einem gegenseitigen Geständnis gekommen war, fanden sie toll!

„Ist sie immer noch reich?“, fragte jene mutige Schülerin. „Und so schön wie damals?“ Verständliches Gelächter in der Klasse.

„Ja, viel wohlhabender als ich, vermute ich. Ihr hättet mal ihr Haus sehen sollen! Und auf ihre Art genau so schön wie damals. Dass sie reicher ist, spielt jetzt keine Rolle mehr. Weil wir darauf nicht mehr so achten, und weil solche Erlebnisse ein Stück Poesie sind, eine ganz andere Art von Reichtum, den man nicht mit Geld aufwiegen kann.“

Hermann Schulz lebt als Autor in Wuppertal. Ende August 2014 erscheint sein Roman „Die Nacht von Dar es Salaam“, die dramatische Lebensbeichte eines deutschen Missionars vor seiner Abreise. Der Autor hat fünf Jahre an dem Buch gearbeitet. (ca. 19,90 €) Signierte (oder unsignierte) Exemplare können portofrei gegen Rechnung bestellt werden: schulz-hermann@t-online.de oder: Auf dem Brahm 11, 42281 Wuppertal (Und in jeder Buchhandlung natürlich!)

Wolfgang Belitz

Die neue Sozialwortlosigkeit

Derzeit macht das Buch des französischen Ökonomen Thomas Piketty „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ moderat Furore. Darin untermauert der Autor die These, dass zu fast allen Zeiten des Kapitalismus die Wachstumsrate des Vermögens die Wachstumsrate der Einkommen aus Arbeit deutlich übertrifft. Die Folge ist wachsende soziale Ungleichheit in den kapitalistischen Gesellschaften. Der Volksmund sagt zu dieser Grundtendenz des Kapitalismus: Die Reichen werden immer reicher, die Armen zahlreicher und immer ärmer und die Mittelschicht wird abgehängt.

Heutzutage hat die Ungleichheit durch die Kraft der weltweit geschätzten und geförderten „neoliberalen Konterrevolution“ ein Ausmaß angenommen, das nur noch mit bizarren Zahlen beschrieben werden kann. 10 Prozent der Haushalte unter uns verfügen über 61 Prozent des Geldvermögens. Die Hälfte der Haushalte ist vermögenslos. Das Gesamteinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, aus Lohn und Gehalt geht zu über 90 Prozent an die eine Hälfte der Bevölkerung, 42 Prozent gehen an das reichste Zehntel.

Der britische Sozialforscher Richard G. Wilkinson hat 2009 in seinem Buch „Gleichheit ist Glück“ die verheerenden Folgen steigender sozialer Ungleichheit nachgewiesen. „Wir haben Dutzende Studien ausgewertet. Massive Ungleichheit macht eine Gesellschaft ganz generell dysfunktionaler. Ohne Ausnahme.“ Seine Forderung: Mehr soziale Gleichheit mildert viele Probleme wie Kriminalität, Gewalt, schlechte Gesundheit, Übergewicht, Drogenmissbrauch und fördert den Bildungsstand, die Lebenserwartung und das Wohlergehen der kleinen Leute.

Angesichts der sich immer mehr verschärfenden sozialen Ungleichheit können nur noch radikale Eingriffe helfen. So fordert Piketty: Erstens eine Vermögenssteuer, die bei einem Vermögen von 200.000 Euro mit einem Prozent jährlich beginnt, bei mehr als einer Million Euro auf zwei Prozent steigt und bei Milliardenvermögen auch bis zu 10 Prozent steigen kann. Zweitens eine Einkommenssteuer von bis zu 80 Prozent für Spitzenverdiener. Zum besseren Verständnis verweist er darauf, dass der höchste Steuersatz in den ersten drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg nie unter 70 Prozent gelegen hat. Selbst die OECD sieht jetzt in einem neuen Bericht die eklatanten Einkommens- und Vermögensunterschiede als „gemeingefährlich“ an.

Nun haben sich auch die Kirchen wieder zu Wort gemeldet. Der Rat der EKD und die Deutsche Bischofskonferenz haben nach eigenem Bekunden die „Initiative für eine erneuerte Wirtschafts- und Sozialordnung“ ergriffen und im Februar ein neues Sozialwort unter dem Titel „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ veröffentlicht. Es soll anknüpfen an das 1997 veröffentlichte Sozialwort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“. Damals formulierten die Kirchen ein klares Programm zur Beseitigung der Armut in unserem Land und forderten Mittel und Wege, endlich den gesellschaftlichen Reichtum statistisch ermitteln zu lassen und so einzusetzen, dass die soziale Ungleichheit gemildert werden könne. Friedhelm Hengsbach nannte sei-

nerzeit diese Reformvorschläge eine Alternative zur rot-grünen Regierungspolitik.

Das neue Sozialwort 2014 hat das Wort von 1997 in tiefe Bewusst- und Besinnungslosigkeit versinken lassen. Es erinnert weder an die eigene Vergangenheit noch nimmt es das Ausmaß und die Folgen der gemeingefährlichen sozialen Ungleichheit in der Gegenwart zur Kenntnis, sondern liefert die Begleitmusik zur Politik der Großen Koalition und vollzieht den Schulterchluss der kirchlichen Eliten mit den wirtschaftlichen und politischen Eliten des Landes, wie Friedhelm Hengsbach heute anmerkt.

Mit seinen ausgewogenen, glatten, geschmeidigen, nicht bilanzierenden, sondern balancierenden Gedankengängen unterstreicht das neue Sozialwort die sozialetische Grundrichtung, die die EKD seit Beginn des Jahrhunderts eingeschlagen hat. Um mit den herrschenden Eliten auf einer Wellenlänge zu bleiben, wurde der Zentralbegriff Verteilungsgerechtigkeit verwässert und dann gänzlich vernachlässigt. Ein Musterbeispiel der die Verteilungsgerechtigkeit preisgebenden Gefälligkeitsethik findet sich etwa in der EKD-Denkschrift „Gerechte Teilhabe“ von 2006:

„Armut ist auch ein materielles Problem, aber sie kann nicht auf ihre materielle Dimension reduziert werden. Wird Gerechtigkeit auf eine – eng verstandene – Verteilungsgerechtigkeit reduziert, entsteht die Gefahr des Wohlfahrtspaternalismus ...“

Die große Leistung des neuen Sozialworts besteht nun darin, die Verdrängung der Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit weiter zu forcieren. So lautet die Botschaft der Kirchen heute:

„Wir regen aber auch dazu an, den gesellschaftspolitischen Kurs nicht nur auf der Ebene der Verteilungsgerechtigkeit zu führen. ... Es geht deshalb darum, stärker als bisher auch die soziale und kulturelle Dimension von Armut in den Blick zu nehmen. ... denn der Kampf gegen die Bildungsarmut ist zugleich ein wesentliches Mittel zur Überwindung von Armut generell. ... Denn Bildungspolitik ist vorsorgende Sozialpolitik.“

Wer diesen Weg zur Verminderung der gemeingefährlichen Ungleichheit einschlagen will, braucht viel Geld für gediegene Bildungsreformen. Darum kommt man heute an der Radikalisierung der Verteilungsfrage nicht vorbei. Für jeden Weg der Verminderung der sozialen Ungleichheit bedarf es der Erhöhung des Spitzensteuersatzes für Einkommen, der Einführung einer Vermögensteuer und einer radikalen Reform der Erbschaftssteuer. Dazu schweigen die Kirchenführer in ihrem Sozialwort. Darum müssen sie jetzt erst einmal in Klausur gehen und die Bücher von Thomas Piketty und Christopher Wilkenson diskutieren, um die Realität zu erreichen.

Wolfgang Belitz, Mitherausgeber, und seit 1998 ständiger Kolumnist des AMOS, seit 1970 Sozialpfarrer der Ev. Kirche von Westf., lebt in Unna.

(Die ersten 50 AMOS-Kolumnen von W. Belitz, erschienen 1998 bis 2010, sind nachgedruckt in: Freiheit durch Gerechtigkeit. Schlüsseltexte zur neoliberalen Konterrevolution. Hg. von W. Wendt-Kleinberg, LIT-Verlag, Münster, 2010)

Anton Schlösser

Heimatloser Heimatabend in der Stiftstraße

Gestern habe ich mich total verfahren – in Hattingen! Es war dunkel und regnete stark. Ich fuhr an Häusern vorbei, die mir bekannt waren, ja vertraut beinah, aber ich wusste nicht, wo es hinging. Ich wollte um Halb-Acht in Langendreer in der Stiftstraße sein, aber vorher Blumen kaufen. Ich fand unser altbekanntes Blumengeschäft im Rosenthal nicht, da, wo meine Schwiegermutter früher gewohnt hat. Dann kaufte ich Blumen in der Tankstelle. Ich war sehr in Eile, hatte das Geld schon in der Hand, gab sie aber zurück, die Blumen. Der Mann nahm sie freundlich. Suchte unser Blumengeschäft noch mal, fand es, doch nun war es geschlossen. Also zu OBI; kaufte zwei Töpfe armer roter Fließbandrosen, Präservativgeschöpfe gezüchtet und aufgezogen, und fuhr endlich Richtung Bochum. Doch ich verfuhr mich, komme immer mit den vielen Autobahnanschlüssen durcheinander. Das war so. Ich will's festhalten, um es nicht gleich zu übergehen, ohne es ernst zu nehmen. Ich irrte durch die Oberstadt, stellte das Navi endlich an, das mich im Kreis herumführte. Ich schrie laut, um mir Luft zu machen. Hatte die Übersicht in dem Ort, in dem ich 35 Jahre wohne, verloren. Dann endlich Bekanntes. Zwanzig Uhr zehn kam ich an. Eine Stunde Verspätung. Die Amosse in Hochform in ihrer Geheimsprache, Anspielungen und Lachen, Nicken, haben einen Satz gefunden. Schlüsselsatz. Ich sah die Tür für den Schlüssel nichtmal. So ging das weiter, bis ich merkte, dass ich gar nicht mit der Stadt, in der ich lebe, dienen konnte. Also kein Verständnis für die Schlüsselfrage des nächsten Heftes. „Wem gehört die Stadt?“ Auch Carlo war nicht da, war Singen. Ich wohne zwischen Langenberg und Hattingen, im Freien unter dem Isenberg; Abneigung Richtung Langenberg und Fremdheit Richtung Hattingen. Ich musste damals unsere Existenz vor politischen Nachstellungen schützen, deshalb unser Haus im Niemandsland.

Früher über die Genossen vertraut in Hattingen. Kannte alle möglichen Leute, Geschäfte usw. Seit 25 Jahren weggebrochen und Hattingen immer mehr von diesen platt machenden Ketten vereinnahmt. Amosleute sprechen über Heimat, obwohl sie das Wort nicht in den Mund nehmen, ohne eine Grimasse zu ziehen. Die zog ein Jüngerer neben mir am Tisch, als ich von der Nivellierung des Lokalen überall sprach und als Beispiel anführte, dass es keine richtigen deutschen Ortskneipen mehr gäbe, wo man im Vorbeigehn ein Bier tränke und den oder den träfe, zufällig oder nicht. Jetzt überall Pizzeria, Ristorante etc. „Also dir fehlt das Deutsche?“ Ich war wütend erschrocken. Er nahm es zurück. Aber der Basilus saß. Ich hatte einen weg, und mein wirres Verlaufen war wieder da. Nun merke ich, das Ganze passt gut zu dem Thema: „Wem gehört die Stadt“. Mir war klar: Den Leuten, von denen ich lernen kann, ist die Frage eine Selbstverständlichkeit. Wenn ich über die Auflösung der Gemeinden, der Beliebbarkeit dieser Welt bis an deren Horizont etc. rede, wollen sie jedoch nichts davon wissen. Entsinnlichung keine richtige Frage, statt dessen: Wo ist der öffentliche Raum? Sie sitzen auf ihren vergangenen Stadtteilen, zwischen den Arbeiterschrebergärten, den Brachen zwischen den Autobahnen auf

ihren heimatlichen Kissen unter ihren Hintern und gucken von oben herunter auf den, der solches nicht hat. Bubis holte arabische Investments nach Frankfurt, warum kommen die nicht hierher? Aber die bunt gemischten Besonderheiten BVB 09 und Schalke 04 im Ruhrgebiet, wo sich Männer und vor allem Frauen zusammenfinden, alle zwei Wochen 60 – 80.000: Lachend entgegengenommen, dass es mir wohl Frauen besonders antun. Fangemeinden sind möglicherweise schlimmer als Brachen. Zum Schluss 4 Punkte zusammengefasst in die Frage gestellt: Einkaufszentren/wer verändert die Stadt/ was blüht dem Ruhrgebiet als Ganzem/Personen der Gebiete.

Anton Schlösser, Jg. 1935, Studium der Medizin, Geschichte, Philosophie und Germanistik, Dr. med., 1978 – 96 Leiter der im Rahmen der Psychiatrie-Enquete gegründeten Fachklinik Langenberg, lebt in Hattingen, engagiert seit Anfang der 70er Jahre in der Friedensbewegung und der Sozialpsychiatrie.



Liebe Freundinnen und Freunde der  Informationsstelle Militarierung e.V. seit mittlerweile 18 Jahren bemühen wir uns, möglichst umfassende kritische Informationen zur Bundeswehr und anderen Themen aufzubereiten und kostenlos auf unserer Internetseite zur Verfügung zu stellen. Dass dieses Material auf große Nachfrage trifft, zeigen die im Schnitt knapp 3000 Menschen, die täglich die IMI-Seite besuchen. Die nassforschende Art, mit der von der Leyen, Steinmeier und vor allem Bundespräsident Joachim Gauck Anfang des Jahres eine offensivere Weltmachtrolle einforderten sowie die schockierenden Ereignisse in der Ukraine haben uns darin bestärkt, dass eine fundierte Kritik der deutschen Macht- und Militärpolitik wichtiger ist denn je. Ganz ohne finanzielle Mittel geht dies aber leider nicht, weshalb wir uns dazu entschlossen haben, eine Mitgliederkampagne zu starten, um unsere Arbeit dauerhaft absichern und ausbauen zu können. Aus diesem Grund bitten wir um die Unterstützung unserer Arbeit. Unterstützen könnt ihr uns auf verschiedenen Wegen: Entweder ganz direkt, indem ihr Mitglied werdet (Formulare finden sich hier: <http://www.imi-online.de/mitglied-werden/>). Falls Euch dazu die finanziellen Mittel fehlen, Ihr das aus anderen Gründen nicht möchtet oder – am besten natürlich – bereits Mitglied seid, gibt es auch andere Möglichkeiten, uns zu helfen: Zuerst natürlich, diese Info über Eure Verteiler zu versenden. Noch besser ist es natürlich, Personen aus dem Freundes- und Bekanntenkreis, die hierfür in Frage kommen, direkt anzusprechen, ob sie nicht IMI-Mitglied werden wollen. Unser überarbeiteter Werbeflyer findet sich ebenso auf der Kampagnenseite, wie verschiedene Banner, die diejenigen, die dazu Lust haben, in ihre Seite einbinden können: <http://www.imi-online.de/2014/05/21/mitgliederkampagne/> Wir freuen uns außerdem sehr über jedes Angebot, IMI-Werbeflyer jeweils vor Ort auszulegen – auf Wunsch einfach eine Mail an uns senden, dann schicken wir Flyer gerne zu. In jedem Fall werden wir unsere Arbeit gegen den deutschen Militärinterventionismus in Zukunft noch weiter intensivieren und möchten uns hiermit bei allen bedanken, die Lust haben, uns hierbei in der ein oder anderen Form zu unterstützen.



Robert Bossard

Oberhausen spiegelt das Revier!

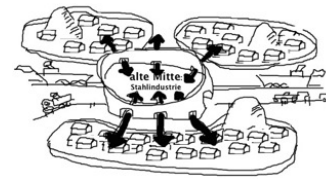
Es ist nicht von ungefähr, dass allerorten von der Stadt Oberhausen die Rede ist. Sie repräsentiert in fassbarer Verniedlichung die unfassbar verfahrenere Situation des gesamten Ruhrreviers: schwankend unter der Last ihres hoffnungslosen Bemühens, mit der einmalig hohen Schuldenlast pro Einwohner fertig zu werden, um wenigstens den ihren Einwohnern verbürgten Sozialleistungen noch gerecht werden zu können – und weit überfordert durch einen im ökonomischen Niedergang mobilisierten Wahn, an der wohl auch grandios gewordenen Erfolgsgeschichte der Stadt wieder anknüpfen zu können. Was offensichtlich dazu führt, in spießbürgerlich überdimensionierten Luftnummern (Beispiel Christo im Gasometer) und postmodern dekonstruierten Zierbauten (Beispiel Slinky-Brücke am Kaisergarten) bis weit über die Grenzen hinaus scheinheilig strahlende Leuchtkugeln verschießen zu müssen.

Der Ballungsraum hat in der Vergangenheit tatsächlich durch ungebändigte Krisen und wild angefachte Kriege hindurch eine gewaltige Geschichte durchgemacht. Initiiert durch Nachfahren einer Bochumer Krämerfamilie Krupp (die während des Dreißigjährigen Kriegs mit Waffenhandel gut Geld verdient und dieses in hiesigen Ländereien angelegt haben soll), wurde der erste für industrielle Produktion bestimmte Eisenhammer der Ruhrregion hier in Betrieb genommen. Es folgten Depressionen und Selbstmorde, aber immerhin war die Industrialisierung der Region Thema geworden, was weitere Investitionen von aus dem Feudalismus in die Neuzeit hinüber springenden „Industriebaronen“ wie Jacoby, Haniel und Huyssen nach sich zog. Jedenfalls entstand die St.-Antony-Hütte, woraus zuletzt die Gutehoffnungshütte wurde. Diese entwickelte sich derart expansiv, dass bald schon zur Diskussion stand, das heutige Oberhausen „Gutehoffnungsstadt“ zu taufen.

Bezogen auf jene Zeit der guten Hoffnung leuchtet noch heute vom Dach des gegenüber der Stadthalle liegenden Berufskollegs in Neonschrift „Oberhausen, Wiege der Ruhrindustrie“. Wahrlich, da lag ein kapitaless Baby drin, an der Brust von Mutter Natur großgezogen, gestillt an den in 350 und 700 Meter Tiefe zwischengelagerten Steinkohleflözen. Und so konnte innerhalb weniger Jahrzehnte entlang der die Erze aus dem Siegerland heranschaffenden Köln-Mindener Eisenbahn eine wahre Allee von Hochofenbatterien und Eisenhütten durchs Stadtgebiet gezogen werden. Damit auch kein potenzieller Investor abgeschreckt wurde, wählte man schließlich fürs Bahnhofsschild den Namen des nahe gelegenen historischen Schlosses; dieses „Schloss Oberhausen“ wurde inzwischen nach einem Aachener Kunstspekulanten zur „Ludwig Galerie“ umbenannt.

Zwischen den bis dahin landwirtschaftlich geprägten Weilern schossen nach und nach im Umkreis der Hüttenwerke Kohlefördertürme aus dem Boden. Und es ergab sich daraus eine für die Pionierzeit typische städtebauliche Ordnung: als Zentrum der Agglomeration jene die schwerindustrielle Pro-

duktion prägenden Hochöfen und Schmieden mit über hundert Werks- respektive Stadttoren, durch die in kontinuierlichem Fluss die Schichtarbeiter zur und von der Arbeit strömten; darum herum ein Kranz von Kohleförderanlagen mit ihren breit ausgelegten werkseigenen Arbeiterkolonien und den Konsumanstalten. Nach wie zufällig herausgegriffenen Flurnamen



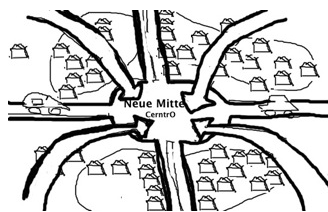
entwickelten sich so die stereotyp organisierten Vororte wie Osterfeld, Sterkrade und Altoberhausen, oft in der Art von Gartenstädten, damit die Facharbeiter anlässlich der regelmäßig auftretenden Konjunkturfauten in gärtnerischer Selbstversorgung auch ohne Lohn an den Betrieb gebunden blieben. (Bis heute empfinden die Touristen die Region „erstaunlich grün“, wenn sie vom Gasometer über die Landschaft schauen.)

Einen rasanten Entwicklungsschub hatte die Stadt nach dem preußischen Blitzkrieg gegen die Franzosen und der darauf folgenden Wilhelminischen Reichsgründung in Versailles. Die damit geweckte Deutsche Großmannssucht (personalisiert in der Busenfreundschaft von Bismarck und Krupp) lenkte alle Aufmerksamkeit auf die Waffenschmieden an der Ruhr. Glück für die Unternehmer, dass im Zusammenbruch der osteuropäischen Feudalherrschaft viele der zuvor ausgebeuteten Leibeigenen nun zu hungernden Landlosen gemacht worden waren, die im Überlebenskampf als Wirtschaftsflüchtlinge herbeiströmten und sich notgedrungen den frühindustriellen Arbeitsbedingungen unterwarfen.

Und als es, unter größten Verlusten von Natur und kulturellem Leben, trotz waffentechnischer Überlegenheit zur schweren Niederlage im deutschnationalen Krieg kam, rechnete der Zorn der Sieger den Rüstungsindustriellen eine Kriegsschuld vor, welche die Kapazität der Region weit übertraf, worauf Demontagen folgten, Besetzungen und Demütigungen, welche die Bevölkerung zermürbte, Hungersnöte auslöste, bis dann eine ungebremste Inflation das politische System zum Erliegen brachte. Damit war der Zeitpunkt gekommen, den Widerstand gegen eine industriell angepasste Gebietsreform zu brechen, die in Kirchturmpolitik sich zerfleischenden umliegenden Orte zur Industriestadt Oberhausen zu verschweißen, den zerstrittenen Patriarchen Fusionierungen zu verordnen und die Oligarchen auf nationale Linie zu bringen. Wieder begann das große Säbelrasseln, und wieder flohen die durch die Inflation Verarmten in die neu aufblühenden Waffenfabriken ..., bis dann die Welt nichts anderes mehr wusste, als ganz Oberhausen bis auf die Grundfeste platt zu machen.

Es wurden nun aber nicht die gleichen Fehler wie nach dem ersten Großen Krieg gemacht. Denn die damalige Weltmacht USA verfolgte die geopolitische Strategie, die von den kapitalistisch verfassten Westmächten besetzten Teile des besiegten Deutschlands als Bollwerk gegen die expansive Poli-

tik der Sowjetunion zu stärken. Dies beinhaltete für das völlig zerstörte, durch den Verlust der Hälfte der Bewohner und von Hungersnöten zerrissene Oberhausen die Chance, innerhalb eines Jahrzehnts schon den Wiederaufbau der alten Industrien zu schaffen, und zwar in Anwendung der in den USA entwickelten modernsten Technologien und Arbeitsabläufe. Die Montanindustrie erblühte im neuen ökonomischen Frühling prachtvoll und zeitigte derart trüchtige Früchte, dass bald schon wieder massenhaft Wirtschaftsflüchtlinge, diesmal aus den südlichen Rändern Europas, als Arbeitskräfte eingebunden werden konnten. Nur, was geopolitisch in weiser Voraussicht bestens funktionierte, war marktpolitisch zu kurzfristig ins Werk gesetzt. Die Rekonstruktion der monostrukturellen Montankultur wirkte sich für Oberhausen innerhalb kürzester Zeit als Zukunftsblockade aus. Die Kohle verlor zum Ende des Kalten Kriegs die Bedeutung als staatliche Energiereserve, und die Roheisenproduktion geriet im Rahmen marktwirtschaftlicher Globalisierungstendenzen unter Wettbewerbsdruck, sodass innerhalb zweier Jahrzehnte an die 50.000 Arbeitsplätze verloren gingen. Zwar bäumte sich die Politik dagegen auf. Ein Medienprojekt (HDTV Oberhausen) wurde trotz hundertfacher Millionenförderung in den Sand gesetzt.



Ein Einkaufszentrum (Centro-O) wurde hoch subventioniert als Neue Mitte, als privatisiertes neues Herz in die erstarrte Stadt transplantiert. Es nutzte nichts, die Stadt verarmte von heute auf morgen, denn diese Art der Wirtschaftsförderung

bediente nur das internationale Kapital, aber nicht die im Stich gelassene Bevölkerung. Die Einwohnerzahl sank um ein Fünftel, die werktätige Jugend geriet in Unterzahl, und die Firmenpleiten erreichten ein Rekordniveau.

All das, was die Industriestadt einmal ausmachte, ist passé: die erlernte Toleranz gegenüber den zu den hiesigen Arbeitsplätzen drängenden Immigranten; die patriarchal beschützten Nachbarschaften in den Wohnkolonien; der multiethnische Konsens im Gruppenakkord; die proletarisch geprägten Kultur- und Freizeiteinrichtungen vor Ort; die gewerkschaftlich garantierte überparteiliche Transparenz, ja, es steht schlecht um Oberhausen – den Spiegel der Region. Aber war dies bisher nicht jedes Mal das Motiv zu einem Entwicklungsschub auf neuen Wegen? Könnte die Krise nicht den Zugang zu einer heutigen Moderne erzwingen? ... mittels einer demonstrativ werbenden Öffnung für die Flüchtlingsströme aus Krisenländern ... der Neueröffnung der in monetärer Logik verwahrlosten Kultur- und Freizeiteinrichtungen ... mit der Instandsetzung der verrotteten urbanen Kunst- und Kleinlandwirtschaften ... der Senkung der Gewerbesteuer für lokal wirtschaftende Unternehmer ... einer attraktiven, multilingualen Ausstattung der Bildungs- und Kultureinrichtungen für die hereinströmenden Fremden. Noch befinden wir uns im Zeitfenster, in dem progressive Initiativen durchgesetzt werden könnten, in dem Oberhausen als Leitmodell für zurückzubauende montanindustriell geprägte Städte aufleuchten könnte. Also „ahoi“, machen wir uns dran!!

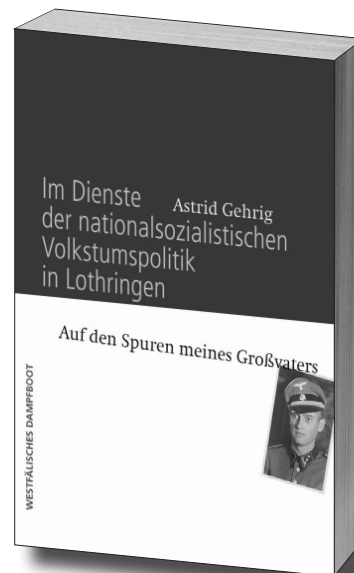
Robert Bosshard, Schweizer; seit über 40 Jahren in Oberhausen wohnhaft.



Gottfried Oy, Christoph Schneider
Die Schärfe der Konkretion
 Reinhard Strecker, 1968 und der Nationalsozialismus in der bundesdeutschen Historiografie
 2. korrigierte Auflage
 2014 - 252 Seiten - € 24,90
 ISBN: 978-3-89691-933-5

„Hat die 68er-Studentenbewegung das Schweigen über NS-Verbrechen gebrochen?
 Oder wer sonst?
 War Adenauers Umgang mit den Tätern alternativlos?
 Ein aufschlussreiches Buch über die frühe Bundesrepublik.“

Deutschlandradio Kultur



Astrid Gehrig
Im Dienste der nationalsozialistischen Volkstumspolitik in Lothringen
 Auf den Spuren meines Großvaters
 2014 - 342 Seiten - € 39,90
 ISBN: 978-3-89691-959-5

Die aus kritischer Distanz verfasste Biographie eines pfälzisch-saarländischen Subaltern-Beamten, der im „Dritten Reich“ im Herrschaftsapparat von Gestapo bzw. SS einen moderaten sozialen Aufstieg erfuhr und während des Krieges in der Bürokratie des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums in Metz tätig war: die kritische Auseinandersetzung der Autorin mit dem eigenen Großvater.



Rolf Euler

Über die Zurichtung einer Stadt zum Konsum

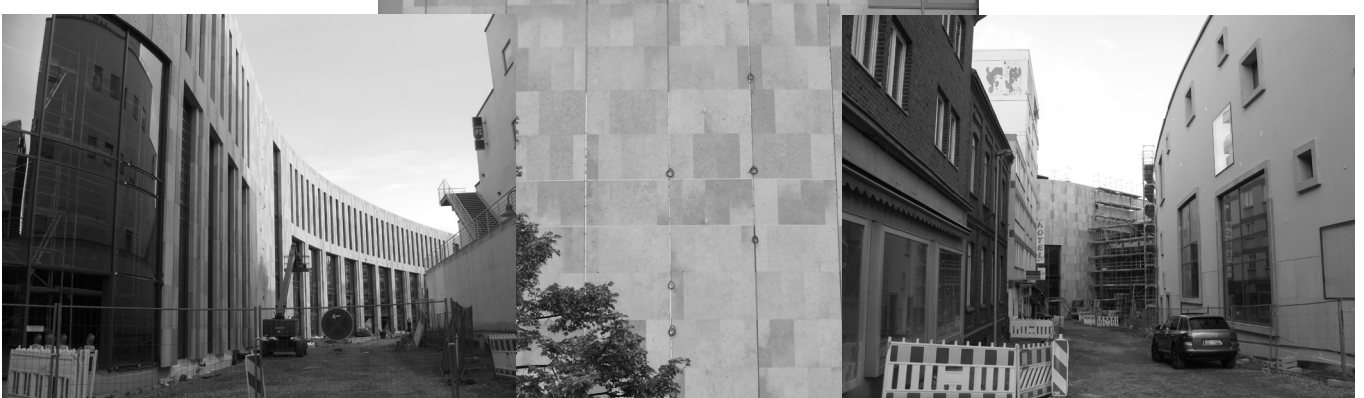
Palais oder Arkaden oder Konsumtempel der Größe und Herrlichkeit

Die MFI-AG baut in Recklinghausen einen neuen Konsumtempel. Das alte Löhrhofcenter und ein Stadtverwaltungsgebäude wurden abgerissen – nun liegt ein riesiger Schutthaufen auf dem ehemaligen Zechengelände. Der Platz, an dem diese Gebäude standen, sowie ein großer Parkplatz wurden überbaut mit 41.700 Quadratmetern Nutzfläche, davon wohl rund 28.000 Verkaufsfläche und zwei Parkplatzdecks auf dem Dach.

Die Lokalzeitung zitiert die Manager des Palais, dass die Investoren „durch Größe und Herrlichkeit“ die Kunden zurückholen wollen, „die jetzt im Internet einkaufen“. Den Kunden soll „eine Wohlfühlumgebung“ geboten werden, „in der sie eine schöne Zeit verleben können“.

zugerichtet wird – „Kaufkraft herziehen“ ist der politische Standardspruch.

Die Architektur und die Art, wie der Bau durchgezogen wurde, signalisieren: An uns kommt keiner vorbei – hier muss man „rein“. Was und wie da verkauft wird, ob die anderen Geschäfte in der Stadt Pleite gehen oder Leerstände drohen, ob die Stadtplanung der Nachbarstädte Marl, Herten, Dorsten, wo ebenfalls Einkaufszentren locken, betroffen ist, interessiert mfi natürlich nicht. Im Gegenteil: Je mehr andere Geschäfte zumachen, um so mehr müssen die Leute in diesen neuen heiligen Hallen shoppen und essen gehen. Die Stadt hat einen größeren Bereich der Innenstadt an ein Einkaufszentrum abgegeben, dessen Eigentümer Finanzunternehmen sind, de-



Wie zwei riesige Blöcke liegt das neue Einkaufs‘paradies‘ inmitten eher kleinteiliger Altstadtgassen, drängt sich an die vorhandene Bebauung und lässt wenig Licht und Luft in die Zwischenräume. Immerhin: Es sollen drei (!) Bäume auf dem Vorplatz gepflanzt werden. Dafür werden eine Straße und eine Bushaltestelle und die Verkehrsregelung verlegt.

Vor drei Jahren gab es in Recklinghausen einen ziemlichen Streit um die Planung, die vom Stadtrat aber dann nach den Wünschen des Investors durchgezogen wurde. Sorgen der anderen Geschäftseinhaber wurden beiseitegeschoben. Das Unternehmen, welches das damals als „Arkaden“ groß angekündigte Einkaufszentrum bauen wollte, wechselte seitdem schon mal einen Eigentümer, den Geschäftsführer und inzwischen auch den Namen für den Klotz in der Stadt: Aus „Arkaden“ soll das „Palais Vest“ werden, mit roten Vorhängen und Lüstern im Eingang ...

Es geht nicht um den Namen oder das äußere Konzept. Der neue Bau hat zwar mehr Fenster als der alte, mehr Sandsteinfassade statt Sichtbeton, aber es ist ein Klotz im Stadtbild. Es geht darum, dass die Stadt auf noch mehr Konsum

ren einzige Aufgabe es ist, international Gelder zu sammeln und gewinnbringend in Immobilien anzulegen. Aus der Vermietung ziehen sie ihre Gewinne, nicht aus dem Verkauf von Waren.

200 Millionen Euro – wenn es dabei bleibt – kostet nur der Bau, und die wollen profitabel angelegt sein – welche Läden können sich die Mieten dann leisten? Welche

Löhne werden dann gezahlt? Und was wird dort verkauft? Was es schon dreimal überall gibt: Jeden Monat neue Saisonklamotten. Jeden Monat neue Smartphones und Computer. Noch mehr Brötchenfabriken. H&M und C&A und Deichmann und Mediamarkt und dm und und und ... – und die ziehen Kaufkraft an!

Leben, Arbeiten, Wohnen, Stadtklima bleiben im „Palais“ auf der Strecke.

Rolf Euler, Jahrgang 1947, Mitwirkung bei Gründung von AMOS in 1968, Bergmann auf einem Bergwerk in Recklinghausen, als Rentner interessiert an kommunitären Zuständen; er ist einer der AMOS-HerausgeberInnen und RedakteurInnen von AMOS. Er hat auch die Fotos gemacht.

Yasemin Utku

Neuer Blick auf das Quartier „Alter Bahnhof“

Zweimal im Jahr bin ich am „Stern“ im „Alten Bahnhof“. Gemeint ist das Quartier „Alter Bahnhof“ in Bochum-Langendreer, am Ende der Alten Bahnhofstraße, die den Stadtteil Langendreer durchzieht. Es ist ein besonderes Quartier, geprägt durch die gründerzeitlichen Altbauten. Der „Stern“ ist der zentrale Platz im Quartier mit Läden, Cafés und einmal wöchentlich stattfindendem kleinen Markt. Am so genannten „Stern“ habe ich in den 1990ern ein paar Jahre gewohnt, mit einer umfassenden Nahversorgung und alteingesessenen Geschäften entlang der Alten Bahnhofstraße. Davon ist leider nicht allzu viel geblieben. Aber mein Frisör, der ist noch da. Dies ist der Grund, warum ich zweimal im Jahr am „Stern“ bin.

Die Veränderungen im „Alten Bahnhof“ habe ich bei meinen kurzen Besuchen in den letzten 15 Jahren eher aus dem Augenwinkel wahrgenommen und nicht weiter hinterfragt. Ich war mir immer sicher, dass in diesem kompakten und Nutzungsgemischten Quartier eine besondere Stärke liegt, die einfach nur „wieder entdeckt“ werden muss. Aber die Problemlagen hatten sich verschärft. Nicht nur die leer stehende und Sanierungsbedürftige evangelische Lutherkirche, auch der zunehmende Ladenleerstand, einige Sanierungsdefizite an Gebäuden und der Nachholbedarf in der Gestaltung öffentlicher Räume prägen inzwischen die Situation des Quartiers.

Da kam eine jährlich stattfindende studentische Werkstatt des „Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz“ gerade recht, die sich im Jahr 2013 mit dem Quartier „Alter Bahnhof“ beschäftigte und von dem Denkmalamt des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe und dem Fachbereich Architektur der FH Dortmund durchgeführt wurde. 20 angehende Kunsthistoriker, Architekten, Planer, Sozialwissenschaftler und Ingenieure aus ganz Deutschland waren eine Woche vor Ort, führten Gespräche mit Bewohnern und Initiativen, erkundeten die Vorder- und Rückseiten des Quartiers und beschäftigten sich mit der Vergangenheit und möglichen Zukünften des „Alten Bahnhofs“. Als eine der Betreuerinnen dieser Werkstatt habe auch ich „mein“ altes Quartier neu entdeckt und viel gelernt, vor allem über die Kraft, die in den Menschen in Bochum-Langendreer und in ihrem Engagement für ihren Stadtteil steckt.

Für die Studierenden war es eine intensive Woche und in der Abschlussveranstaltung in der Lutherkirche konnte bereits ein breites Spektrum an Ideen und Handlungsansätzen für die weitere Entwicklung des Quartiers präsentiert werden. Dabei wurde nicht nur der Denkmalwert der Bauten und des Quartiers thematisiert. Auch zur Gestaltung und Nutzung der öffentlichen Räume wurden Vorschläge vorgelegt, Konzepte für energetische Modernisierungen erarbeitet und Ideen für einen „Sommer der Zwischennutzungen“ und für die Nachnutzung der Lutherkirche entwickelt. Die Werkstatt war damit beendet, aber der Ideen-Fundus ist vor Ort und in den Köpfen geblieben. Die Initiative „Langendreer hat’s“ und die „Dorfpostille“ haben die Ergebnisse veröffentlicht, der WDR

hat einen kleinen Bericht in der „Lokalzeit“ gebracht und so für weitere Diskussionen gesorgt. Auch der Stadtbaurat und die Planungsverwaltung der Stadt Bochum haben die Werkstatt intensiv begleitet und erste Schlüsse aus den Ergebnissen gezogen. Der bereits in den 1980er Jahren begonnene Anlauf zur Festsetzung eines Denkmalsbereichs ist erneut aufgegriffen worden, um die Besonderheit und die hohe Qualität des Quartiers zu schützen und mithilfe eines Gestaltungshandbuchs abgestimmt weiterzuentwickeln. Daneben sind Förderprogramme geplant, mit denen Sanierungen und Erneuerungen im Quartier finanziell unterstützt werden können.

Wir haben im September 2013 im Gemeindehaus der evangelischen Kirche gearbeitet. In dieser Woche wurde dieser Ort auch zu einem Ort der Begegnung im Quartier, in dem sich Menschen und Gruppen kennen lernten, die bis dahin nichts voneinander wussten. Auch das war eine schöne Erfahrung für alle Beteiligten, aber es war vor allem spürbar, dass mit den Studierenden eine andere Stimmung im Quartier einzog und sich der Blick der Bewohnenden – zumindest bei einigen – auf ihr Quartier wandelte. Die Begeisterung der Studierenden für die Qualität der Bauten und das Quartier wirkte ansteckend und es bleibt zu wünschen, dass dieser Schwung noch einige Zeit anhält und die eine oder andere Idee noch umgesetzt werden kann. Allen Beteiligten, ob Bewohnende, Besuchende oder Stadtverwaltung, ist deutlich geworden, dass der „Alte Bahnhof“ ein besonderes Quartier ist, das über eine hohe Lebensqualität verfügt. Eine veränderte Wahrnehmung des „Alltags“ und die Suche nach den Entwicklungsmöglichkeiten kann der Anfang von etwas Neuem sein. Auch ich war seit der Werkstatt im letzten September nun schon einige Male wieder im „Alten Bahnhof“ – nicht nur wegen meinem Frisör.

Yasemin Utku, seit 25 Jahren in Bochum wohnend, im Ruhrgebiet lebend und mit Stadt-, Raum- und Planungsthemen beschäftigt – in Praxis, Lehre und Forschung.

Lesetipp

Chargesheimer

Die Entdeckung des Ruhrgebiets.

Texte von Heinrich Böll, Stefanie Grebe, Teo Grütter, Andreas Rossmann und Sigrid Schneider, 336 S., mit 250 s/w-Abb.
Köln: Walther König Verlag 2014, ISBN-13: 978-3863355265

1957 reisten Heinrich Böll und der Photograph Chargesheimer durch das Ruhrgebiet, der eine mit der Feder, der andere mit der Kamera. Damals hatte das industrielle Ruhrgebiet gerade seinen Höhepunkt erreicht. Heraus kam 1958 der Bildband „Im Ruhrgebiet“, geprägt durch Kohle und Stahl. Neben den Bildern des alten Ruhrgebiets schieben sich aber schon die Bilder des neuen, sich im Strukturwandel befindenden, Ruhrgebiets mit Konsum und Autoverkehr, Freizeit und Unterhaltung sowie der hier lebenden Menschen. Die Publikation geht dabei weit über den Bildband von 1958 hinaus und zeigt noch nie veröffentlichte Fotos.

Kerima Bouali, Sigmar Gude

Gentrifizierung oder Wiederkehr der Wohnungsnot? Sozialstrukturelle Entwicklungstendenzen in Berliner Innenstadtwohngebieten

An einem Spätsommertag kurz vor den Berliner Landtagswahlen 2011 fuhr ein Mann mittleren Alters langsam durch die Kreuzberger Falckensteinstraße und sprach wie zu sich, aber doch so laut, dass es die wenigen Gäste vor einem kleinen Restaurant hören sollten: „... und ich schaue zu, wie ihr alle verkauft werdet. In Prenzlauer Berg ...“ Mehr war aus dem abfahrenden Auto nicht zu verstehen. Wer da als männliche Cassandra aus einem Auto den BewohnerInnen des Wrangelkieses ihren baldigen Untergang prophezeite, wurde nicht klar. Fest steht, dass seine Erwartung an die Entwicklung des Wrangelkieses mit der vieler Bewohner und Kiezins übereinstimmt: Der Wrangelkiez ist auf dem besten Wege, das Schicksal des Kollwitzplatzes zu teilen und Schauplatz der nächsten großen Gentrifizierungswelle zu werden.

Aber stimmt dieser Eindruck, den auch viele BewohnerInnen in den angesagten innerstädtischen Quartieren teilen, mit der realen Entwicklung der Sozialstruktur in allen Teilräumen überein? Bedeuten steigende Mieten, florierende Immobilienverkäufe und expansives Interesse von InvestorInnen an innerstädtischen Grundstücken, dass die angestammte Wohnbevölkerung allein durch einen Prozess verdrängt wird, der als Gentrifizierung zu bezeichnen ist?

Es scheint uns daher durchaus angemessen, die Entwicklungen der Berliner Innenstadtquartiere auf Basis ausgewählter sozialer Indikatoren zu analysieren. Die Analyse soll zeigen, dass trotz des dort vorhandenen angespannten Wohnungsmarktes und deutlich steigender Bestands- und vor allem Neuvermietungsmieten die sozialen Entwicklungen teilträumlich unterschiedlich und nicht unisono als Gentrifizierungsprozesse zu bewerten sind. Gleichwohl ist die Gentrifizierung vieler innerstädtischer Wohngebiete auch aus unserer Sicht eines der zentralen Probleme der derzeitigen Stadtentwicklung in Berlin.

Gentrifikationsdiskussion in Berlin

In den beiden Jahrzehnten seit der Vereinigung beider Stadthälften hat es in Berlin gravierende und schnell ablaufende Veränderungsprozesse in den Stadtteilen gegeben, die sich weiter fortsetzen. Zunächst veränderten sich vor allem die Quartiere in der östlichen Stadthälfte. Nach einer Phase von Hausbesetzungen und Zuzug alternativer BewohnerInnenengruppen, die den billigen Wohnraum und Nischen für ihre Lebensformen schätzten, folgte eine bauliche Aufwertung des Wohnungsbestands, mit der sich sukzessive auch die Bewohnerschaft veränderte. In der vorherrschenden stadtentwicklungspolitischen Diskussion waren diese Veränderungsprozesse eine Anpassung an den Systemwechsel, in dessen Zug sich ein marktwirtschaftlich organisierter Wohnungs- und Immobilienmarkt durchsetzte.

Inzwischen zeigt sich aber, dass diese Veränderungsprozesse auch Ausdruck wachsender sozialer Ungleichheit und unzureichender wohnungspolitischer Marktregulierung sind,

die sich stadträumlich in sozialen Verdrängungs- und Segregationsprozessen, einer wachsenden Umwandlung von Miet- in Eigentums- und Ferienwohnungen und einer sozialen Homogenisierung einst sozial durchmischter innerstädtischer Quartiere manifestiert.

In wissenschaftlichen wie in politischen Diskussionen wird dafür die Gentrifizierung als zentraler Erklärungsansatz eingeführt. Damit lassen sich zweifellos die Prozesse in einer Reihe von Stadtteilen gut erfassen. Für die Erklärung der Veränderungen in anderen Stadtteilen reicht der Begriff der Gentrifizierung, wie wir anhand empirischer Erhebungen sehen werden, nicht aus.

Dabei gehen wir bewusst von einem engeren, an die ursprüngliche Verwendung des Begriffs angelehnten Verständnis von Gentrification aus. Gentrification in diesem Sinne beinhaltet drei Veränderungsprozesse:

erstens: Austausch einer statusniedrigeren Bewohnerschaft durch eine andere mit höherem sozioökonomischen Status,

zweitens: Veränderung des Gebietscharakters und der Angebotsstrukturen für Freizeit und Kultur und

drittens: bauliche Anpassung des Wohnungsangebots an die spezielle Nachfrage der zuwandernden, einkommensstärkeren Bevölkerungsgruppe durch umfangreiche Modernisierungsinvestitionen. Demgegenüber geht ein erweiterter Gentrifizierungsbegriff davon aus, dass allein eine Mieterhöhungsentwicklung ausreicht, um von Gentrification zu sprechen, wenn in deren Verlauf einkommensschwächere Haushalte bei der Konkurrenz um Wohnraum von Haushalten mit einem geringfügig höheren Einkommen verdrängt werden.

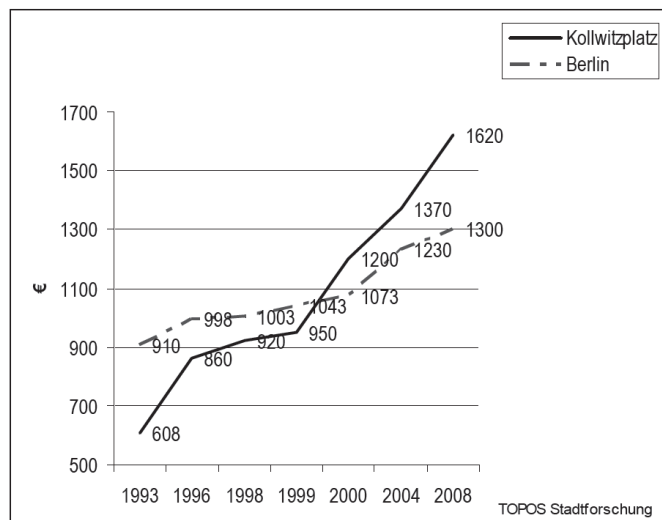
Bei unserer Analyse der aktuellen Entwicklungen haben wir Quartiere, über die wir ausreichend Daten hatten, anhand von vier zentralen Indikatoren für die Dimensionen Gentrifizierung, Pioniere, Aufwertung und soziale Auswirkungen drei Gebietstypen zugeordnet.

Entwicklung in drei Gebietstypen

Die drei Gebietstypen sind natürlich nicht scharf abgegrenzt. Dennoch lassen sich anhand der Indikatoren charakteristische Unterschiede erkennen. Als Indikator für die Zuwanderung von Gentrifiern wird das durchschnittliche Äquivalenzeinkommen betrachtet, als Indikator für die Zuwanderung von Pionieren ist der Anteil von StudentInnen, für Aufwertung und höhere Rendite die durchschnittliche Nettokaltmiete und für die sozialen Auswirkungen auf die Bevölkerung die Mietbelastung. Um die Gebietsentwicklung in ihrer Dynamik zu erfassen, werden die soziokulturellen Indikatoren der Ist-Situation denen der in den letzten drei Jahren Zugewogenen gegenübergestellt. Dabei wird von der Erkenntnis ausgegangen, dass Gentrifizierungsprozesse hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, durch Zuwanderung vorangetrieben werden.

Charakteristische Struktur und Entwicklung gentrifizierter Quartiere (Typus 1)

Gentrifizierte Gebiete haben zunächst ein überdurchschnittliches Einkommensniveau. Diese Stellung haben diese Gebiete erst im letzten Jahrzehnt erworben. In der Regel war das Einkommensniveau früher sogar deutlich unter dem Berliner Mittel, wie eine Grafik vom Quartier Kollwitzplatz



Einkommensentwicklung (Äquivalenzeinkommen) Kollwitzplatz im Vergleich zu Gesamtberlin (€)

zeigt. Das Ausmaß dieses Anstiegs lässt sich nicht allein auf eine besonders günstige berufliche Entwicklung der ursprünglichen BewohnerInnen zurückführen. Etwa dadurch, dass die StudentInnen, die in großer Zahl in diese Gebiete gekommen waren, inzwischen nach dem Studienabschluss ein hohes Einkommen erreicht hätten.

Bei der Struktur und der Entwicklung der Mieten zeigt sich das gleiche Muster. Die ehemals niedrigen Mieten haben sich durch die Dynamik bei den Neuvermietungsmieten schnell erhöht und übersteigen deutlich das mittlere Niveau in Berlin. Die ZuwanderInnen zahlen mehr Miete als die schon länger im Gebiet Wohnenden.

Das hohe Mietniveau erklärt auch unmittelbar die Entwicklung des dritten Indikators: Pioniere sind in diesen Gebieten inzwischen nur noch unterdurchschnittlich vorhanden. In den 90er Jahren waren dagegen die Anteile an Pionieren besonders hoch gewesen. Sowohl der Anteil der StudentInnen in der Gebietsbevölkerung als auch unter den ZuwanderInnen ist inzwischen extrem niedrig. Sie können bei der Wohnungssuche nicht mit der Konkurrenz mithalten.

Letztlich zeigt der vierte Indikator, wie weit der Gentrifizierungsprozess tatsächlich fortgeschritten ist: Trotz hoher Mieten und trotz hohen Wohnflächenkonsums haben die Haushalte in diesen Gebieten nur eine durchschnittliche, die in den letzten Jahren Zugezogenen aufgrund der hohen Einkommen sogar eine geringere Mietbelastung. In diesen Gebieten ist der Gentrifizierungsprozess nahezu abgeschlossen und verfestigt sich weiter.

Gebiete im Gentrifizierungsprozess (Typus 2)

Im Unterschied zu den gentrifizierten Gebieten ist die Entwicklungsdynamik in diesen Typus 2-Gebieten abgeschwächt.

Die Zuziehenden haben teilweise ein nur leicht höheres Einkommensniveau als die vorhandene Bevölkerung. Der Anteil an Haushalten mit geringem Einkommen ist vermindert, was auch bei Gebieten mit hohem MigrantInnenanteil zutrifft. Der Anteil ärmerer MigrantInnen hat kontinuierlich abgenommen.

Die Mieten, sowohl im Gebietsmittel als auch bei den Zuwandernden, liegen unter denen in den gentrifizierten Gebieten, jedoch über den Vergleichswerten des Berliner Miet spiegels. Der Anteil und Zuzug von StudentInnen ist dagegen weitaus höher als in den gentrifizierten Gebieten. Hierfür dürfte eine Erklärung sein, dass Wohngemeinschaften in der Konkurrenz um den Wohnraum Mieten, die über dem Miet spiegel liegen, noch eher aufbringen können als zum Beispiel Familien mit einem durchschnittlichen Einkommen. Die Mietbelastungswerte sind in der Regel leicht höher, aber bei den in den letzten Jahren Zugezogenen niedriger als im Gebietsdurchschnitt. In diesen Gebieten wird sich der Gentrifizierungsprozess ohne mietpolitische Intervention vermutlich fortsetzen.

Gebiete mit überwiegend einkommensärmerer Bevölkerung (Typus 3)

Neben den bereits beschriebenen Gebieten mit abgeschlossenen oder begonnenen Aufwertungstendenzen gibt es in der Innenstadt auch Quartiere, in denen es im letzten Jahrzehnt keine überdurchschnittliche Einkommensentwicklung gegeben hat. Der erhebliche Abstand des Einkommensniveaus zum Berliner Durchschnitt ist dort trotz hoher Fluktuationsraten bestehen geblieben. Die zuziehenden Haushalte haben in diesen Gebieten die Einkommensstrukturen kaum verändert. Teilweise liegt das Einkommen der Zuwandernden sogar unter dem niedrigen Gebietschnitt. Die Zuwanderung von StudentInnen ist mindestens so hoch wie in den Gebieten, die sich im Gentrifizierungsprozess befinden. Sie werden von den – noch – niedrigeren Mieten angezogen. Die Mieten sind niedriger als in den anderen Gebieten. Sie liegen in der Regel am oder leicht über dem Mietspiegel. Allerdings müssen die Neankömmlinge im Gebiet auch deutlich höhere Mieten zahlen als diejenigen, die bereits länger im Gebiet wohnen. Die Mietbelastungen sowohl der Gebietsbevölkerung als auch der Hinzuziehenden sind hier höher als in den beiden anderen Gebietstypen. Die steigende Mietbelastung beschneidet zwangsläufig die für die anderen Lebensbereiche zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel und damit die Schlüsselressource für gesellschaftliche Teilhabe.

Zentral für die weitere Entwicklung ist aber die Situation auf dem Wohnungsmarkt im Gebiet. Ein Gentrifizierungsprozess verursacht umfangreiche Aufwertungsinvestitionen, setzt diese aber auch für einen Gentrifizierungsfortschritt voraus. Zum einen erwarten Besserverdienende gute Wohnverhältnisse, zum anderen ist nur im Rahmen von baulichen Maßnahmen eine schnelle sozialstrukturelle Veränderung in einem Haus durch erzwungene Auszüge durchsetzbar.

Größere bauliche Aufwertungen der bestehenden Wohnungen in den Gebieten des Typus 3 sind aber derzeit kaum zu erwarten. Diese Wohnungen sind weitgehend modernisiert und haben eine Vollstandausstattung. In ihnen können durch Mieterhöhung bei Neuvermietung und im Bestand

Mietsteigerungen ohne weitere Investitionen durchgesetzt werden. Bei einem Versuch dagegen, die Wohnungen mit einem deutlich höheren Standard auszustatten und diese Wohnungen in ein deutlich höheres Marktsegment zu heben, entstehen erhebliche Kosten, die nur durch eine deutlich höhere Miete amortisierbar sind, als sie bereits jetzt bei der Neuvermietung gezahlt wird. Es gibt aber in Berlin zurzeit keine ausreichend große Gruppe von MieterInnen mit hohem Einkommen, die all die Gebiete des Typus 3 gentrifizieren könnte.

Unbezahlbare Innenstadt oder die Wiederkehr der Wohnungsnot?

Eine primär auf den Gentrifizierungsprozess konzentrierte Betrachtung könnte unsere Schlussfolgerungen als eine Entwarnung verstehen, die Verhältnisse würden sich nicht so negativ wie befürchtet entwickeln. Wir sehen das keinesfalls so, sondern müssen auf eine andere Entwicklungstendenz hinweisen, nämlich auf die kontinuierlich wachsende Belastung der kleinen und mittleren Einkommen durch die schnell steigenden Mieten. Diesem Prozess werden viele dieser Haushalte auch nicht mehr durch Umzug in Billigwohngebiete entgehen können, weil es diese in Zukunft noch weniger geben wird als jetzt schon. Der hohe Anteil einkommensärmerer Bewohnergruppen in Gebieten mit eher geringen Mieten zeigt eben vor allem die zunehmende Enge auf dem Berliner Wohnungsmarkt. Der Wohnungsleerstand, der im letzten Jahrzehnt insgesamt für Mietenentwicklungen gesorgt hat, die nur wenig über der Einkommensentwicklung und über der Inflation lagen, ist durch die Zuwanderung nach Berlin und die deutliche Zunahme der Haushalte inzwischen aufgebraucht. Leer stehen derzeit fast nur Wohnungen, die umgebaut werden oder nicht marktgängig sind. Der geringe Wohnungsneubau kompensiert allenfalls die übliche Quote von nicht mehr vermietbaren bzw. zum Abriss vorgesehenen Wohnungen.

Die neue Wohnungsknappheit hat in den letzten Jahren zu einem rasanten Mietanstieg vor allem im unteren Preissegment und vor allem in der Innenstadt geführt. Unter den zuwandernden Haushalten sind viele studentische Haushalte, die sich auf das untere Mietpreissegment und auf die Innenstadt orientieren. Im Ergebnis führt das dazu, dass, wie oben bereits dargestellt, Haushalte mit Einkommen an der Armutsgrenze in diesen Gebieten nur noch selten eine Wohnung anmieten können. Zurzeit weichen einige von ihnen in die im Westen wie im Osten gelegenen Großsiedlungen aus.

Die Bestimmung des Wohnungsmarkts durch Investoreninteressen macht Wohnen in der Innenstadt zum Privileg, erhöht die Kosten für die öffentliche Hand durch Transferleistungen und zerstört funktionierende Kiez- und Stadtstrukturen. Konzepte für eine soziale Wohnungsversorgung mit bezahlbaren Mieten und eine Steuerung von Stadtentwicklung, die die Stadt nicht Investoreninteressen übereignet, müssen politisch auf die Tagesordnung. Dabei muss Inklusion einkommensärmerer Bevölkerungsgruppen, zu denen nach wie vor überproportional MigrantInnen gehören, eine der zentralen Orientierungen sein.

Kerima Bouali ist Stadtplanerin und Gesundheitswissenschaftlerin in Berlin. Sigmar Gude ist Sozialwissenschaftler und Stadtforscher in Berlin.

Lesetipps

Anrej Holm (Hrsg.)

Reclaim Berlin. Soziale Kämpfe in der neoliberalen Stadt
Berlin 2014, Verlag Assoziation A, 364 S.

Reclaim Berlin ist ein so kluges wie schnörkelloses Stück Kritik an neoliberaler Großstadtentwicklung (in Berlin): Kritik der Wohnungsprivatisierung und Gentrifizierung und des Hypes der Kreativwirtschaft. Das Buch beeindruckt vor allem dadurch, dass es an Punkten gerade da genau hinsieht, wo der postmodern-ästhetische oder touristische Blick auf die Stadt nichts mehr erkennen kann. Oder hat jemand in letzter Zeit einen Text gesehen, der wie der Buchbeitrag von Christian Linde das Elend der Wohnungslosen für die Stadtkritik aufgreift? Und dazu sowohl alle Ansätze großstädtischer Wohnungslosenhilfe und -politik Revue passieren lässt, an die Geschichte der Verdrängung und Verfolgung Obdachloser erinnert und die absurden Auswirkungen des zeitgenössischen Vermarktungswahns in den sozialen Diensten benennt: Anstieg der Zahl der Wohnungslosen zwischen 1989 und 1993 um 80%, immer neue Betroffene und bisher kein Ende in Sicht. - Oder haben wir ein Auge darauf gehabt, was mittlerweile an Law- und Order-Personal über die Polizeikräfte hinaus in den Städten durch private Sicherheitsdienste und Ein-Euro-Jobs in städtischen Ordnungsdiensten aufgebaut wurde, statt diese ehemals Erwerbslosen mit nachhaltiger Beschäftigung zu unterstützen? In Volker Eiks Beitrag können wir das nachlesen, auch wie unglücklich sich dies nicht selten mit Quartiersmanagement und Armutsbekämpfung zusammenschließt. - Oder hat sich jemand des Straßenstrichs, der in der herrschenden Stadtentwicklungsdebatte als unvereinbar mit Familie, Wohnen und Konsum gilt, bisher anders angenommen, als dass er als Indikator für heruntergekommene Stadtgebiete gilt? Weswegen er bekämpft und verdrängt werden muss. Der Beitrag von Jenny Künkel lässt einen verstehen, dass Prostitution auf der Straße prekäre Sexualität ist, deren städtische Verortung und kommunale Politik die Würde und Interessen der Sexarbeiterinnen diskriminierungsfrei und produktiv einbringen muss, um den Straßenstrich mit Anwohnern, Nachbarn, Kunden, Gesundheitsämtern, Polizei und Gewerbeaufsicht verhandeln zu können. Was selbstverständlich überhaupt nicht konfliktfrei abgehen kann.

Sebastian Müller

Deutscher Werkbund NW (Hartmut Dreier, Roland Günter, Manfred Walz), Initiativkreis Scharoun-Schule Marl

Marl – Industriestadt eigenen Typs.

Neuer Aufbruch mit Natur und Kultur

in der Reihe des Deutschen Werkbunds: Einnischen und Mitgestalten, Essen: Klartext, März 2014, 160 S.

Der Buchtitel ist Programm: Perspektiven auch für Stadt-Politik sind gefragt inmitten von Stilllegungen von Großbetrieben (Opel in Bochum, die letzten Zechen im Ruhrgebiet: in Marl 2015 und in Bottrop 2018, die Krise bei ThyssenKrupp in Duisburg). Lauter Logistikhallen in jeder Stadt und in Konkurrenz der Städte – das kann's nicht sein! – In Marl begaben sich einige auf Schatz-Suche und wurden fündig: Im „Wirtschaftswunder“ der 1950er/1960er Jahre wurde Marl zu einer Industriestadt eigener Art: mit „Natur und Kultur“, damals dank einer günstigen Konstellation des Bürgermeisters Rudi Heiland und seiner einflussreichen, sehr weitsichtigen Ratgeber (auf die er hörte!). Die besten Architekten, Pädagogen usw. der Zeit schufen Herausragendes; ihre Werke gelten als „Ikonen“ aus jener Zeit: Rathaus, Hügelhäuser, Paracelsusklinik, VHS „die Insel“, vor allem die Scharoun-Schule, Skulpturen der Moderne auch im öffentlichen Raum u.a. Das Buch will diese Stadt-Idee für heute und morgen erneut ins Bewusstsein heben und fruchtbar machen für die Zukunft. Wie das gehen kann in aktuellen Krisen-Zeiten, entwickeln die Herausgeber. Domröschen, wach auf! Der frühe Morgen schimmert am Horizont – auch ohne Bergbau, ohne Logistikhallen – und sogar mit 10.000 Jobs in der Chemie-Industrie.

Hartmut Dreier

Grundrechte-Report 2014 –

Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland

Herausgeber: T. Müller-Heidelberg, E. Steven, M. Pelzer, M. Heiming, H. Fechner, R. Gössner, U. Engelfried und S. Rotino;
240 S., ISBN 978-3-596-03018-7; Fischer TB Verlag; Juni 2014

Schwerpunkte des alternativen Verfassungsschutzberichts sind die Folgen der NSA-Überwachungsaffäre, das demokratie- und rechtsstaatsfeindliche Agieren des bundesdeutschen Verfassungsschutzes sowie der Umgang mit MigrantInnen – von der Zurückweisung an den europäischen Grenzen bis hin zur mangelnden Aufnahme in den Kommunen. Der von acht namhaften Bürgerrechtsorganisationen herausgegebene Report zieht für das Berichtsjahr 2013 eine kritische Bilanz zum Umgang mit den Bürger- und Menschenrechten in Deutschland.

Sebastian Müller

Die Recht-auf-Stadt-Bewegung und das Ruhrgebiet

AMOS-LeserInnen wissen, *AMOS* erscheint – aus guten Gründen – seit 1968 im Ruhrgebiet. In eben diesem Jahr reagierte der französische Soziologe und Philosoph Henri Lefebvre auf den Horror der funktionalistischen Stadtentwicklung in Paris mit einer Streitschrift: „Le droit à la ville“. Er konfrontierte die Glücksversprechen des Klassenkompromisses nach dem II. Weltkrieg mit seiner urbanen Realität. Denn die moderne Stadt erfüllte schon damals nicht die Wünsche einer Mehrheit städtischer Bevölkerung nach bezahlbarem und menschenwürdigem Wohnen, gesunden Umweltbedingungen, geschweige denn nach hinreichender sinnvoller Kinderbetreuung, fördernder Schulbildung, breit gefächelter Soziokultur und nach demokratischer Stadtpolitik. Die Entwicklung der autogerecht urbanisierten Stadt ruinierte die Straße als öffentlichen Raum. Der monofunktionale Massenvohnungsbau an den Rändern, in den Vororten, den Banlieues von Paris oder dem Märkischen Viertel in Berlin, ließ häusliche informelle Ökonomien nicht mehr zu. Und der Neubau seelenloser Einkaufs- und Bürozentren wie in London City als angebliche Stadtmitten verbannte Wohnen, Straßenmärkte, Straßensport und Straßenkultur. Alles war Anzeichen für eine neuartige Exklusion der Jugendlichen und Studierenden aus zentral gelegenen, früher nützlichen Quartieren und Straßenzügen sowie von Verdrängung der „Armeen von Arbeitern mit und ohne weißen Kragen“, wie sich Lefebvre ausdrückte, in die Fabriken und die Peripherien von Gesellschaft und Stadt. Dagegen forderte Lefebvre ein Recht auf Stadt ein, ein Recht auf Teilhabe am urbanen Leben und auf eine erneuerte Zentralität, auf Orte des Zusammentreffens und des Austauschs, auch jenseits von Marktgängigkeiten, die einen vollen und ganzen Gebrauch dieser Orte erlaubt (Schmid 2011). Praktisch kämpften seit den Studentenunruhen 1967/68 Menschen in der ganzen Welt darum. Im Ruhrgebiet wurden seit 1968 urbane Misstände und soziale Ausgrenzung aufgespießt – in der Lehrlingsbewegung und bei den Stahlarbeiterstreiks, beim Kampf zum Erhalt der Arbeitersiedlungen, in den Kinderläden und bei Hausbesetzungen in Bochum und Dortmund oder beim Kampf gegen das AKW Hamm-Uentrop oder die DüBoDo genannte Autobahn und so weiter

Die aktuelle Beliebtheit der Stadtkritik Lefebvres und ihr Rufen nach einem Recht auf Stadt hat zwei unterscheidbare Treibsätze. Sie ist einerseits Ergebnis eines internationalen Wissenschaftsmarktes auch für kritische Gesellschaftsanalysen, indem man mit eingängigen Begriffen Erfolge einheimen und Bücher verkaufen kann. Sie ist andererseits Ergebnis der pragmatischen Utopieansätze und der erfolgreichen Öffentlichkeitsarbeit und Organisation der Weltsozialforen in Lateinamerika. In ihrem Umfeld entwickelte 2001 die Habitat International Coalition (HIC) eine Welt-Charta des Rechts auf Stadt und verschaffte ihr – finanziert durch die UNO – auf Weltkongressen der Mieter- und Wohnungslosenbewegung öffentliche Geltung. In Bündnissen der sozialen Bewegungen wurde Recht auf Stadt ein zentrales intellektuelles Instrument gegen den Neoliberalismus und seine Auswirkungen auf StadtbewohnerInnen (Holm 2011). In den Städten der westlich-

chen Industriestaaten ist das Recht auf Stadt eine Forderung, die Kämpfe gegen überhöhte Mieten und um Wohn- und Bleiberechte in besetzten Räumen oder für soziale Stadtentwicklung philosophisch stützt. In Lateinamerika hat eine institutionelle Umsetzung begonnen. Brasilien hat als erster Staat der Welt 2001 ein nationales Gesetz dafür verabschiedet, den Estado Ciudadale, aus dem es acht Jahre später einen Verfassungsgrundsatz machte (Mengay, Pricelius 2011). Für die Fußballweltmeisterschaft 2014 und die Olympischen Spiele 2016, wo internationales Prestige und globalisierte Märkte auf dem Spiel stehen, wurden freilich Favelas zerstört und viele ihrer Bewohner vertrieben.

In Deutschland gibt es seit einer verschärften Neoliberalisierung von typischen Stadtökonomien wie Immobilien- und Kulturwirtschaft erfolgreiche Bündnisse wie „Gängeviertel“ in Hamburg und „Media-Spree versenken“ in Berlin, die sich unter das Motto Recht auf Stadt gestellt haben. Ein Hype neuer Bürgerbündnisse, Plattformen mit frischen Protestformen setzte ein, auch im Ruhrgebiet. „Wir wollen den öffentlichen Raum zu was Spannendem machen. Das ist nicht nur Mittelstandszeug“, sagte mir Martin Krämer, ein Sprecher der Initiative Recht auf Stadt-Ruhr. „Wir fordern die Commons ein. Die Nähe, die Nachbarschaft ist wichtig. Wie wird der Gestaltungsoptimismus der Projekte im Ruhrgebiet politisch und wie kann der urbane Aktivismus herausgefordert werden, sich politisch zu äußern? Auf solche Fragen suchen wir Antworten.“ Im Ruhrgebiet traf man sich für eine Plattform Recht-auf-Stadt. Mit dabei: „Goldkante“ und das „Alsenwohnzimmer“ aus Bochum, oder die Obdachlosenzeitung „Bodo“. Kometengleich stieg „VMDO“ auf, der Verbund sozial-kultureller Migrantenvereine Dortmunds, der eine ehemalige Grundschule in Dortmund übernehmen konnte. Manche Projekte haben Probleme. Hierzu gehören die Kampagnen und Besetzungen der Initiative „UzDo“ in Dortmund, die Künstlerinitiative „Freiraum2010“ und die Initiative „Bärendelle“ in Essen oder das Netzwerk „DU it yourself“ in Duisburg.

Andere im Ruhrgebiet sind z.B. die „Nordstadt-Ateliers“ in Dortmund, Umsonstläden, Tauschbörsen oder Wohnprojekte quer durch das Revier, aber auch Repair-Cafés, Do-it-yourself-Initiativen oder Urban Gardening Projekte. Die meisten AkteurInnen dieses „neuen urbanen Aktivismus“ sind nicht karitativ motiviert. Es geht ihnen um solidarische Ökonomie. Oder wie es im Einladungsflyer zur Eröffnung des Dortmunder Umsonstladen im „Möglichkeitsraum Nordpol“ heißt: „Wie auch der Gib- und Nimm-Tisch soll der Umsonstladen das solidarische Miteinander stärken und sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren – als Gegenentwurf zu unserem heutigen Wirtschaftssystem, das auf Konkurrenz und Ausbeutung basiert“.

Wolf Stammnitz

Soziale, selbstbestimmte Arbeit in Dortmund!

Wirtschaft und Politik versagen an der Aufgabe, nach dem Rückzug alter Großindustrien von Ruhr und Emser alle, die arbeiten können und wollen, wieder in Arbeit zu bringen. Die materielle und seelische Not der Dauerarbeitslosigkeit wird immer größer. Die Hartz-Gesetze bieten keinen menschenwürdigen Ersatz. Sie begünstigen stattdessen einen wuchernden Niedriglohnssektor, in dem in Dortmund 15.000 „Aufstocker“ von ihrer Arbeit allein nicht leben können. Lohndumping und prekäre Arbeitsverhältnisse unterhöheln die Massenkaufkraft. Verarmung gefährdet auch den Mittelstand. Die Krise der Kommunal финанzen wurde zum Dauerzustand, nicht zuletzt durch steigende Soziallasten. Unsere Städte brauchen dringend eine andere Beschäftigungspolitik.

Eine Rückkehr zu Vollbeschäftigung auf dem kapitalistischen Arbeitsmarkt ist unmöglich geworden. Ohnehin wird Vollbeschäftigung im Kapitalismus allenfalls in kurzen Phasen der Hochkonjunktur erreicht, wenn die Produktion schneller wächst als die Arbeitsproduktivität. Es lässt sich kaum noch ernsthaft bestreiten, dass solche Wachstumsraten in normalen Zeiten nicht mehr erzielbar sind. Seit Mitte der 1970er Jahre steigt die Arbeitsproduktivität durch technischen Fortschritt und Rationalisierung der Arbeitsabläufe schneller, als die Massenkaufkraft zunimmt. Seit zwölf Jahren stagnierten die Reallöhne, seit fast zehn Jahren sinken Renten und Transfereinkommen (real). Die Exportüberschüsse, mit denen die deutsche Wirtschaft ihre Abnehmerländer erdrückt, können die strukturelle Unterbeschäftigung hier zwar noch abfedern, aber sie stoßen jetzt an die Grenze, an der dauerhafte Ungleichgewichte in den Handelsbilanzen die Absatzmärkte abschnüren.

Abgesehen davon gibt es gute Gründe der Ökologie und der Demografie, warum die Menschheit sich schnellstmöglich von der Illusion grenzenlosen Wachstums verabschieden muss.

Ist Vollbeschäftigung dann überhaupt (noch) ein erstrebenswertes und realistisches Ziel? Wenn wir „Beschäftigung“ nicht auf kapitalistische Lohnarbeit einengen, sondern alle produktive, bedarfsdeckende Tätigkeit des Menschen schlechthin betrachten, müssen wir anerkennen: Jeglicher Wohlstand, jegliche Kulturleistung muss erarbeitet werden. In diesem allgemeineren Sinn war Arbeit von allem Anfang an zunächst Selbsthilfe. Das ist sie übrigens heute noch: Etwa 80 % der Menschheit arbeiten außerhalb kapitalistischer Arbeitsmärkte als Selbstversorger. Die Wissenschaft spricht von „Subsistenzökonomien“. Und selbst in den hoch entwickelten Ländern gibt es diese Gegenwelt zum kapitalistischen Arbeitsmarkt: Große gesellschaftliche Bedarfe bleiben unbefriedigt, weil sie privaten Unternehmern keine Profite bieten; in allen Industrieländern gibt es Millionenheere Erwerbsloser, von denen viele sich mit „Schwarzarbeit“ durchschlagen; breites Genossenschaftswesen usw.

Beispiel Dortmund. Diese Stadt hat seit der Bergbaukrise der 1970er Jahre und der Krise der Stahlindustrie, schließlich

der Brauereien rund 80.000 industrielle Arbeitsplätze verloren, im Dienstleistungssektor aber nur halb so viele neue Jobs gewonnen. Dazwischen klafft jene Beschäftigungslücke, die seit 30 Jahren etwa gleichbleibend 40-50.000 Einwohner der Stadt von Erwerbsarbeit ausschließt. Dortmund weist eine verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit von rund 17.000 Menschen auf, die auf dem Arbeitsmarkt nahezu keine Chance mehr haben. Rund 82.000 Menschen leben von Transferleistungen nach SGB II und III.

Für die Haushaltsberatungen 2013 hatten daher der OB und sein Kämmerer vorgeschlagen, einen sogenannten „sozialen Arbeitsmarkt“ einzurichten und dafür rund 3 Mio. Euro aus der gleichzeitig erhöhten Gewerbesteuer bereitzustellen. Der Rat folgte mit Ach und Weh und kürzte die städtischen Fördermittel sogleich auf die Hälfte.

Arbeit für Alle. Sinnvoll, zwangfrei, existenzsichernd

Die Fraktion DIE LINKE im Dortmunder Stadtrat, die seit Jahren für eine aktive kommunale Beschäftigungspolitik eintritt, untersuchte kürzlich, was öffentlich geförderte Beschäftigung schon heute leistet - und was sie leisten könnte. Sie befragte Praktiker in 13 Dortmunder Beschäftigungsprojekten und Sozialverbänden nach ihren Erfahrungen und Forderungen an eine sinnvolle Beschäftigungspolitik der Stadt. Die Untersuchung ergab:

- Arbeit gibt es mehr als genug. Vieles bleibt unerledigt liegen, weil es sich für gewinnorientierte Unternehmen nicht „rechnet“ und öffentliche Mittel dafür nicht eingesetzt werden. Gemessen am Arbeitskräftepotential und am ungedeckten Bedarf an Betreuung, Beratung, Kinder- und Jugendpflege, kulturellen und Bildungseinrichtungen, Selbsthilfegruppen, Sozialkaufhäusern, Stadtteilentwicklung und Umweltschutz, fehlen in Dortmund zur Vollbeschäftigung etwa 80.000 bis 100.000 Arbeitsplätze zu existenzsichernden Löhnen – bei rund 300.000 Erwerbstätigen.

- Aber es gibt auch einen breiten, lebendigen, unverzichtbaren Sektor der Selbsthilfe, Nachbarschaftshilfe, sozialer und Bildungsinitiativen. Die in der Studie untersuchten Projekte bieten heute ca. 4.500 sozialversicherte Arbeitsplätze, 1.300 „Arbeitsgelegenheiten“ nach SGB II sowie fast 20.000 ehrenamtliche „Jobs“. Hochgerechnet auf den ganzen sozialgewerblichen Sektor in Dortmund sind das 10-13.000 sozialversicherte Stellen – ebenso viele wie in der „Zukunftsbranche“ Informatik – und 40-50.000 weitere Beschäftigungsverhältnisse (Eingliederungsmaßnahmen plus ehrenamtlich Tätige).

- Die meisten Initiativen und Projekte sind auf Gedeih und Verderb auf knauserige öffentliche Förderung angewiesen und wissen heute nicht, ob morgen das Geld noch zum Weiterarbeiten reicht. Nur ein verschwindend geringer Teil finanziert sich aus dem Verkauf von Produkten, Dienstleistungen und sogenannter „Schwarzarbeit“. Die am häufigsten genannten Forderungen an die Politik sind daher: Mehr Geld, mehr

öffentliche Wertschätzung, weniger bürokratische Gängelung durch Stadt und Staat, Mindestlöhne statt Lohndumping.

- Arbeit statt Arbeitslosigkeit staatlich und kommunal zu fördern, ist prinzipiell vernünftig, sowohl humanitär und sozial als auch volkswirtschaftlich – wird aber nur zögernd umgesetzt und liegt quer zur vorherrschenden Ideologie, nach der Arbeitslosigkeit in „Vermittlungshemmnissen“ des einzelnen Arbeitslosen begründet sei. Sofort könnten z.B. sämtliche 1-Euro-Jobs in tariflich bezahlte Vollzeitstellen umgewandelt werden, sogar kostenneutral mit den heutigen Fördermitteln. Das wäre gewiss sozialer als die menschenverachtenden Hartz-Gesetze. Dem stimmen auch Verantwortliche der großen Wohlfahrtsverbände zu – und stellen sich dennoch wider besseres Wissen teilweise in den Dienst der staatlichen Arbeitszwangsverwaltung. – Die Beschäftigungslücke ganz zu schließen, also eine neue, sozialere Vollbeschäftigung wäre aber nur erreichbar im Rahmen einer gerechteren Finanzausstattung der Kommunen, auf Basis höherer Besteuerung der Reichen und Superreichen.

- Neben der Arbeit in kapitalistischen Unternehmen gibt es Freiräume für schöpferische Betätigung, die auf die Bedürfnisse der Menschen gerichtet ist und nicht auf privaten Profit, sinnvolle Arbeit ohne Zwang und Sanktionen durch die ARGE. Schon jetzt sind die meisten Projekte weniger hierarchisch und autoritär strukturiert als gewerbliche Unternehmen und öffentliche Verwaltungen. Den Öffentlichen Dienst kann ein starker sozialgewerblicher Sektor sinnvoll ergänzen. In einigen Ländern, auch in Europa, bestehen viel bessere Rahmenbedingungen für Genossenschaften als in Deutschland.

Über den Tellerrand hinaus

Diese Untersuchung sollte und kann nicht den Irrglauben nähren, der Widerspruch zwischen wachsenden gesellschaftlichen Bedürfnissen und dem Ausschluß immer größerer Teile der menschlichen Produktivkraft von ihrer Entfaltung sei durch staatliche Fördermittel aufzuheben. Zwar beginnen seit einigen Jahren auch hierzulande Vertreter der marktgläubigen Großparteien, sich zunehmend Sorgen über die gesellschaftliche Brisanz des dauerhaften Marktversagens zu machen und basteln, wenngleich halbherzig und im Widerstreit mit ihrer offiziellen Ideologie, an immer neuen Modellen eines „zweiten“ oder „dritten“ Arbeitsmarktes herum. Aber diese sollen und können selbstverständlich weder die kapitalistische Produktionsweise von ihren systemischen Widersprüchen heilen noch gar den steinigen Weg ihrer Überwindung abkürzen.

Umgekehrt rechtfertigt jedoch keine Erfahrung die Annahme, dass entfremdet, unter Markt- und Verwertungszwängen Arbeitende oder gar Erwerbslose energischer für eine sozialere Gesellschaft kämpfen, die ihnen selbstbestimmtes Arbeiten sichert, wenn sie nicht heute schon ihre Fähigkeiten dazu praktisch erproben, einüben und weiter entwickeln können. Möglichkeiten dazu bieten die vielfältigen Selbsthilfeprojekte durchaus. Über den reinen Notbehelf hinaus eröffnet der sozialgewerbliche Beschäftigungssektor Zukunftsperspektiven für ein selbstbestimmtes, auf die Bedürfnisse der Menschen gerichtetes Arbeiten.

Wolf Stammnitz Jg. 1939, lebt in Dortmund, war/ist Facharbeiter/Stadtplaner/Rentner; seit 1994 in der Kommunalpolitik aktiv, vormals Fraktionsvorsitzender für Die Linke(n) im Stadtrat Dortmund.

Lesetipps

Hermann Bömer mit E. Lüring, Y. Utke, D. Zimmermann (Hrsg.)
Stadtentwicklung in Dortmund seit 1945
 Dortmund Beiträge zur Raumplanung Bd. 135 und 135/2,
 Essen 2010 und 2013, Klartext Verlag, zusammen 566 S.

Manche hätten vielleicht gern, dass Stadtentwicklungsgeschichte einer deutschen Großstadt wie Dortmund, wenigstens die in neuerer Zeit, gradlinig von einem Meilenstein erfolgreicher Ordnung der Dinge zum nächsten Meilenstein einer neuen Ordnung fortschreitet. So ist es aber nicht. Die großen Pläne scheiterten fast durchgängig, das lernen wir in Hermann Bömers Buch. Die Entwicklung eines modernen Stadtbahnnetzes in den späten 1960ern ist so ein Fall, schön technokratisch und scheinbar unumstößlich gerechnet. Die Dortmunder U-Bahn hätte mit anderen Stadtbahnen im Ruhrgebiet integraler Teil eines Schnell- und Stadtbahnnetzes Rhein-Ruhr werden sollen, schrumpfte aber zu einem Inselchen von Innenstadt-Tunneln auf Dortmunder Stadtgebiet, wie der Leiter des Dortmunder Stadtbahnbauamts in seinem Buchbeitrag berichtet. Nur durch eine starke und dennoch unzureichende Ausweitung des Busnetzes in den Stadtteilen konnte ein frühzeitiges Scheitern des Projekts verhindern und die Kritik am Milliardengrab U-Bahn abfangen, die Akoplan e.V. dokumentiert: Sie taue nichts, verbessere nicht die Ruhrgebietsverbindungen, sei zu teuer im Betrieb und bringe längere Reisezeiten als die alte Dortmunder Straßenbahn. Weil der große Stadtplan „von oben“ sozialpolitisch blind ist, bricht vielfältiger kommunaler Widerstand ihn auseinander, und es entwickeln sich Chancen zu Stadtentwicklung „von unten“, von denen die beiden Bände von Bömer zahlreich berichten. Urbane Kritik lässt die großen Pläne hinter sich, überwindet erfolgreich die Grenzen konventioneller Raumplanung ins Soziale hinein und integriert Armuts-, Benachteiligten- und Anti-Rassismus-Perspektiven in die Stadtentwicklung, wie dies die eindrucksvolle und langjährige Geschichte des „Planerladens“ in der Dortmunder Nordstadt zeigt. Bömers Geschichts- und Geschichtenbuch ist kein konzeptionsloser Kramladen, sondern ein passender und spannender Spiegel der stadtplanerischen „Alltagsgeschichte“ à la Ferdinand Braudel.

Sebastian Müller

Der „Piketty-Hype“:

Der französische Ökonom Thomas Piketty hat mit seinem viel diskutierten Buch „Capital in the Twenty-First Century“ (s.a. die Kolumne von W. Beltz in diesem Heft) die langfristige Entwicklung von Einkommen und Vermögen in mehreren westlichen Ländern untersucht. Mit einer umfangreichen Datensammlung weist er nach: wenn Profite und Einkommen größer sind als das Wachstum der Wirtschaft, verstärkt sich die gesellschaftliche Ungleichheit. Zwei neue Veröffentlichungen in dem „Ökonomischen Alphabetsierungsprogramm“ des pad-verlag beschäftigen sich mit der z.Zt. nur auf Französisch und Englisch erhärteten 800-Seiten-Studie und stellen sie in den Zusammenhang bundesrepublikanischer Einkommens- und Vermögensverteilung.

Albert F. Reiterer

Der Piketty-Hype – „The great U-Turn“

Piketty's Kapital und die neoliberale Vermögenskonzentration
aus dem Inhalt: Der „Piketty-Hype“ / Von Pareto über Kuznets zu Piketty: Daten, Theorien und Realität / Einkommensungleichheit – Indikatoren und Maße für Ungleichheit / Klassenanalyse / Die gegenwärtigen Verhältnisse und ihre Entwicklung / Funktionale und personale Verteilung / Einkommensverteilung und ihre neuere Entwicklung (USA – Großbritannien – Deutschland – Österreich – Schweden – Frankreich – Eine Zusammenschau im Vergleich) / Die beschränkte Rückverteilung: Einkommenssteuern / Vermögen / Durch Vermögenskonzentration in die 20:80-Gesellschaft

Heinz-J. Bontrup

Pikettys Krisenkapitalismus

Warum die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden
aus dem Inhalt: Produktivität und Verteilung / Kapitalismus beutet aus und ist ungerecht / Wettbewerbsideologie und Leistungsmystifikation / Gewinner und Verlierer / Kapitalistische Widersprüche / Der Piketty-Hype erstaunt / Die Profitrate ist entscheidend / Verteilungsrealität in Deutschland / Piketty fordert Steuererhöhungen | „... nach seinem Buch und der auf Fakten beruhenden langfristigen empirischen Beweisführung (kann) endgültig niemand mehr behaupten, der Kapitalismus sei ein auf Leistung basierendes gerechtes Wirtschaftssystem. Die Linken wußten das schon immer, dass dies falsch ist. Hoffentlich akzeptieren dies jetzt endlich auch die Rechten und die Liberalen um wirklich eine bessere Welt für alle zu schaffen.“ (Heinz-J. Bontrup)

pad-verlag, Am Schlehdorn 6, 59192 Bergkamen / pad-verlag@gmx.net

Wolfgang Richter

Der Mensch im Mittelpunkt?

In der Gesellschaftsordnung, die als die beste aller denkbaren verkauft wird, wie alles in ihr ge- und verkauft wird, gilt auch der Mensch als Ware, die betriebswirtschaftlich gezählt, zugerichtet, verbraucht und entsorgt wird. Dieser Logik folgend sind Arbeitsmärkte unterschiedlicher Standards und Qualitäten eingerichtet. Die historisch gewachsene Differenzierung verläuft systemisch entlang zweier Linien: oben einer zwischen dem außertariflich lebenden Management des großen kapitalistischen und öffentlichen Eigentums und dem tariflich differenziert strukturierten Produktions- und Dienstleistungskörper und unten einer Linie zwischen diesem und einem wiederum außertariflichen Zustand, in dem Erwerbslosigkeit sozialfürsorgend unterhalten wird. Diese Struktur ist in sich stabil, solange das ihr zugrundeliegende Prinzip nicht angetastet wird. TINA – there is no alternative – hatte darauf schon vor Jahren hingewiesen, mit großem Erfolg. Neuerdings dynamisiert sich die Klassenstruktur und verschiebt ihre Teilmengen radikal – die ganz oben konzentriert sich (bei anschwellendem Reichtum und Machtpotenzial), die ganz unten weitet sich aus (bei schwindender Teilhabe und Existenzsicherung), in der gesellschaftlichen Mitte sinken Lebensgefühle und entfalten sich Ängste, ein Durchrutschen nach unten ist geöffnet.

Seit Langem geübt, Veränderungen in den Klassenstrukturen, auch schmerzende, als schleichend und zu vernachlässigen zu sehen, wird, auch von der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, das Drama verniedlicht – es sei dies die übliche und sich allenfalls kurzfristig ein bisschen beschleunigende Spirale. Die Order: Sich beugen über Statistiken, lange und kurze Wellen, Standortstärken und -schwächen suchen hier und da zu bremsen oder zu fördern und ganz nebenbei christliche, soziale, grüne, linke Impulse wahlwerblich unterbringen. Volumen und Geschwindigkeit der gegenwärtigen Dynamik sind aber nicht zu vergleichen mit den vorhergehenden – sie signalisieren nicht einfach nur weitere Deformationen des historisch genannten Kompromisses zwischen Kapital und Arbeit, sondern einen Umbruch.

„Unten“ ist nun nicht mehr nur individuell zugeschriebenes Versagen, Unglück, Querulantentum in überschaubarem Maß versammelt, dass es durch privat oder sonst engagierte, ersatzweise auch staatliche Fürsorge „sozial verträglich“ gehalten werden kann. Jetzt ist diese „Lazarusschicht“ zu einer so großen in der Gesellschaft geworden, dass ihr Entstehen in der kapitalistischen Produktionsweise nicht mehr verschleiert

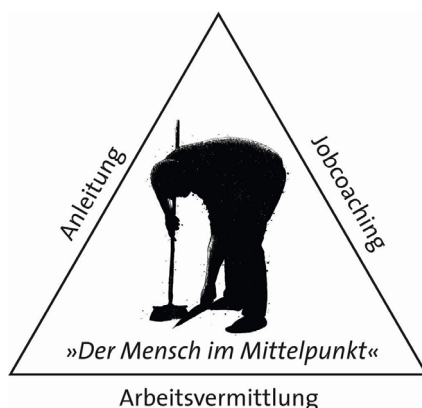
werden kann. Der Herauswurf aus Arbeit sei, so das Management privaten und öffentlichen Eigentums, alternativlos zum Aufrechterhalten von Produktivität und Rendite – „Minderleistende“ seien es und nicht ausreichend ausbeutbar einzusetzen. Die neoliberale Entregelung „des Marktes“ hat die Befreiung des großen Eigentums von Verantwortung für Produzenten und Dienstleistende mit sich gebracht.

Verbleib und Aufnahme der so Gezeichneten ist für Politik und Verwaltung zutiefst problematisch:

- sie sollen ökonomisch und sozialstaatlich existenzsichernd nicht mehr aufgefangen werden,
- ihnen soll Arbeitsleistung zur Restverwertung ihrer Arbeitskraft aufgezwungen werden,
- sie sollen als Unterschicht nicht in Erscheinung treten, schon gar nicht in organisierter Form,
- das Gewährleisten ihres Ausschlusses aus der Gesellschaft soll nicht polizeistaatlich aussehen.

Auch wenn lange hatte geübt werden können und reihenweise Experimente in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik am lebenden Objekt durchgeführt worden sind, sieht die „Gesellschaft ohne Alternative“ keine Antwort außer: So weiter wie bisher! Deshalb konstruiert sie fortlaufend neue Strategien zum Einrichten „öffentlicher Beschäftigungssektoren“, Erfinden „Neuer Arbeit und Ökonomie“ und Definieren von „Integrationsarbeitsmärkten“ – „mit eigenem Regelwerk“ speziell für die ausgestoßenen Teile der Gesellschaft. Das schafft Räume für gefördertes und gefordertes Dienen und Bücken, für zuvor als überflüssig erklärte Hilfstätigkeiten und „Einfacharbeiten“. Arbeitsrecht, Koalitionsfreiheit, Tarifrecht – „das ganze Gedöns“ – gelten hier nicht. Die Angekommenen werden auf Dauer in ein entmündigendes Dreieck aus substanzlosem Vermitteln, Anleiten und Coaching gesteckt. Von emanzipatorischer Praxis sind sie getrennt. Sich an Kämpfen um Rechte, um Lohn, um Perspektiven zu beteiligen, ist ihnen verwehrt. Rauskommen ist selten. Kaum jemand kümmert es – schlimmer: Der Mehrheit in der Mitte ist es recht so.

Der Umbruch trifft auf eine Gesellschaft, deren demokratisches Gespür und Potenzial erschöpft scheint.



Wolfgang Richter lehrte und forschte im Fachbereich Architektur der FH Dortmund. Heute beunruhigen ihn Methoden und Ergebnisse bürgerlicher Stadt-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitiken.

(Illustration vom u.a. Buch unter Verwendung einer Zeichnung von Brett Lamb/Istockphoto.com)

zum Weiterlesen:

Wolfgang Richter, Irina Vellay
 Bürgerarbeit – Teil der großen Umverteilung?
 Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Stadt Dortmund,
 Köln 2014



**ÜBERALL
IM GUTEN
BUCHHANDEL
ERHÄLTlich**

THEO GRÜTTER
WALTER HAUSER (HG.)



1914 – Mitten in Europa

Die Rhein-Ruhr-Region und der Erste Weltkrieg

Die Kriegsmaschinerie des Ersten Weltkriegs produzierte Tod und Zerstörung in bis dahin unvorstellbarem Ausmaß. Er schlug wie ein Meteorit in die prosperierende und durch Fortschrittsoptimismus geprägte Gesellschaft der Belle Epoque ein – obwohl diese vermeintlich heile Welt auch durch eine hochgradige Militarisierung und fast allgemeine Akzeptanz des Krieges als Mittel der Machtpolitik geprägt war. Zudem hatte die Industrialisierung neue Formen von Gewalterfahrung hervorgebracht: strukturell in der machtpolitischen Überformung der Klassenkonflikte und konkret durch die harte Industriearbeit in den Zechen und Stahlwerken.

Die Bilder und Texte des Buches machen deutlich, dass der 1914 beginnende und die gesamte Gesellschaft ergreifende industrialisierte Krieg als das »andere« Gesicht der modernen Industriegesellschaft verstanden werden kann. 1914, das Jahr des Kriegsausbruchs, ist in der Perspektive des Buches nicht einfach nur das abrupte Ende einer Epoche, sondern der historische Moment, der einer Entwicklung eine neue Wendung verleiht. Das Buch richtet das Augenmerk daher nicht nur auf die Schlachtfelder im Westen, sondern vor allem auf die »Heimatfront«: auf das Leben vor dem, im und nach dem Krieg an Rhein und Ruhr, einer Region, in der mit Ruhrkampf, Separatistenbewegung und Ruhrbesetzung die Gewalt noch weit über 1918 hinaus an der Tagesordnung bleiben sollte.

→ 342 Seiten, zahlr. farb. Abb., Hardcover, 29,95 Euro, ISBN: 978-3-8375-1147-5

Heiko Holtgrave

Ideenwettbewerb Zukunft Metropole Ruhr – mehr als eine „Bereicherung des Ideenhimmels über der Ruhr?“

Wettbewerb abgeschlossen, Tische und Stühle der öffentlichen Foren wieder weggeräumt, die letzten Rechnungen beglichen: Was wird vom Wettbewerb, was von der Vielzahl an überraschenden Ideen und Vorschlägen bleiben? Das ist derzeit noch schwer zu sagen. Auf jeden Fall wird es einen bunten Plan geben – plus einen „Strategieband“, in dem alles Platz finden soll, was im Plan nicht oder noch nicht darstellbar sei, aber schon mal für die Zukunft festgehalten werden soll: ein Konglomerat aus Projektideen, strategischen Versatzstücken und guten Vorsätzen. Außerdem tourt eine Ausstellung mit den Wettbewerbsbeiträgen durch die Ruhrgebiets-Städte.

Und inhaltlich? Der RVR bemüht sich erkennbar um eine Glättung der Sprache. Man redet nicht von Schwächen oder Defiziten, sondern nur noch von „Herausforderungen“ – und von spezifischen „Begabungen“, die jeder Teilraum in sich berge. Auch Armut und soziale Ungleichheiten waren den Verantwortlichen offenbar zu unhandlich. Ihre Bekämpfung musste jetzt auf der Zielebene dem deutlich unverbindlicheren Vorsatz der „Chancengleichheit für Alle“ weichen. Ihr wolle man namentlich in der Wohnungspolitik und in der Verkehrsplanung Rechnung tragen.

Außerdem hat es den Anschein, als setze man beim RVR für die nächsten Schritte auf eine Reduzierung an Substanz. Einen Vorgeschmack dazu geben die „Perspektiven für die räumliche Entwicklung“. Sie enthalten einen Katalog von an die 100 (!) Zielen, die zu „Leitplanken für die Erarbeitung des neuen Regionalplans Ruhr“ erklärt wurden. Die Ziele wurden RVR-intern parallel zum Wettbewerb entwickelt und danach mehrfach überarbeitet. Gleichwohl ist nicht erkennbar, dass Ideenwettbewerb und Foren auf diesen Zielkatalog viel Eindruck gemacht hätten. Das ist enttäuschend. Vielleicht ist die Reduktion der Zeitnot geschuldet: Der Termin für den (förmlichen) Aufstellungsbeschluss zum Regionalplan in 2017 soll unbedingt gehalten werden. Eine diesbezügliche Blamage dürfe man sich auf keinen Fall leisten, heißt es.

Für die Verluste an gesellschaftspolitischer Substanz allein die Verfasser der „Perspektiven“ schelten zu wollen, würde zu kurz greifen, zumal schon beim Regionalforum „Herausforderungen“ das „Soziale“ weitgehend ausgeblendet blieb und beim Forum zu „Chancengleichheit“ das Soziale auf Anforderungen aus Genderperspektive schrumpfte. Auch wer in den über 400 Bürger-Einreichungen blättert, wird dazu nur wenig Einschlägiges finden.

Alles Weitere bleibt – vorerst? – offen.

Mag sein, dass das gewählte offene Verfahren zur Verständigung über Ideen und Strategien der Regionalentwicklung als einzigartig zu bezeichnen ist. Die Wettbewerbsteilnehmer waren jedenfalls des Lobes voll. Gänzlich unstrittig ist, dass es – angesichts der Betriebsblindheit und Halsstarrigkeit etlicher Entscheidungsträger – eine weise Entscheidung der RVR-Gremien war, über die Auslobung eines Ideenwettbe-

werbs mit internationaler Beteiligung auch kritische Anstöße und Einsichten von außen zu „bestellen“. Denn auch wenn jede Region weiß, wo ihre Defizite liegen, werden diese in der öffentlichen Debatte aus Imagegründen gern als Themen tabuisiert.

Große Ambitionen hatte das Revier schon immer, bemerkt Maier-Soljk in seinem Bauwelt-Kommentar zum Ideenwettbewerb zur Zukunft der Metropole Ruhr (Bauwelt 7, 2014). Entscheidend sei aber, was davon umgesetzt wird. Da hat er Recht. Was wird letzten Endes für die Region nach dem bunten Reigen an öffentlichen Fachdialogen, Werkstätten und „Zukunftsforen“ herauskommen? Wie viel Stadt werden wir im Jahr 2030 haben? Wie viel Provinz und wie viel Bronx? Wie wird es dann um den sozialen Zusammenhalt bestellt sein, wie um die Erwerbs- und Bildungschancen der hier lebenden Menschen? Wie viel Platz wird noch sein für radikal experimentfreudige „Neu-Länder“, die der Ideenwettbewerb vorschlug, wenn die ‚Claims‘ der Dax-Konzerne und Oberbürgermeister des Ruhrgebiets im förmlichen Regionalplan erst mal abgesteckt sind?

Hoffnung auf einen „Befreiungsschlag im behäbig vor sich hin strukturwandelnden Ruhrgebiet“ (Bauwelt 7, 2014) ist nicht dumm. Dies als Trost für uns alle, auch für die Skeptiker unter uns: Hand aufs Herz, wer von uns wohnte schon gerne in Düsseldorf, selbst wenn er sich das finanziell leisten könnte? Wir werden hoffen. Und uns weiter einmischen.

Heiko Holtgrave, Stadtplaner, Mitarbeiter von Akoplan (Dortmund), Mitstreiter im Sozialforum Dortmund und anderen Zusammenhängen

Impressum

Verlag:

AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Str. 2, D-45768 Marl
Fon: 02365-501671
E-Mail: huettmann.marl@t-online.de

Redaktion:

AMOS c/o Hartmut Dreier
Schumannstr.6, D-45772 Marl
Fon: 02365-42076
E-Mail: dreier.marl@freenet.de

E-Mail:

redaktion@amos-zeitschrift.de
Internet: <http://amos-zeitschrift.de>

Konto:

AMOS, Kto.Nr. 33 300 120
Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01)

ISSN 1615 - 3278

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich

Herausgabe & Redaktion: Wolfgang Belitz, Unna | Benjamin Benz, Recklinghausen | Robert Bosshard, Oberhausen | Hartmut Dreier, Marl | Rolf Euler, Recklinghausen | Friedrich Grotjahn, Bochum | Rolf Heinrich, Gelsenkirchen | Ute Hüttmann, Marl | Wolf-Dieter Just, Duisburg | Jürgen Klute, Wanne-Eickel | Carl-D.A. Lewerenz, Herne | Axel Lippek, Bochum (V.i.S.d.P.) | Heinz Listemann, Dortmund | Anna Musinszki, Dortmund | Hermann Schulz, Wuppertal | Peter Stregge, Dortmund | Renate Wangelin, Bochum

Schwerpunktthema verantwortlich: Sebastian Müller, Manfred Walz

Schlussredaktion:

Ute Hüttmann (Textbearbeitung)
Axel Lippek (Layout)

Titelbild:

Manfred Walz
AMOS Schriftzug: Jochen Stankowski

Realisation:

Wodarczak Druck & Medien
45772 Marl

Papier: chlorfrei gebleichtes Papier

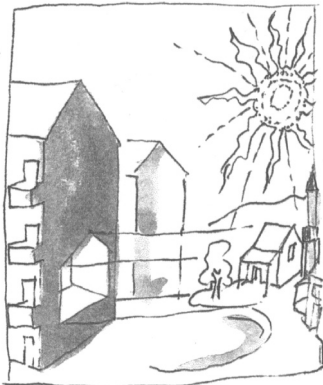
AMOS kooperiert mit dem elektronischen Nachrichtendienst „iley.de“ (Leipzig).

Manfred Walz, Sebastian Müller

Menschenorte 22

Zwei Länder draußen im grünen Vorort

Ein regnerischer Frühlingstag. Wir nähern uns Tackenberg/Oberhausen an – erst mit dem Auto, dann zu Fuß, Hausnummernsuche. Rechts eine Kirche mit Kletterwand an der Außenwand des Längsschiffs. Eine kompakte Moschee ohne Minarett an einem Plätzchen, gegenüber eine kleine Polizeiwache – Vorhang zugezogen. Dazwischen parkende Autos ein paar Läden, ein Restaurant: Die Mitte des Orts, ehemals eine Siedlung für Bergarbeiter. Zeilen- und Siedlungshäuser um



Gartenhöfe. Heute sind die große Mehrzahl der Bewohner Rentner des auslaufenden Bergbaus, türkischer und auch polnischer Herkunft. Da ist die Wasgenwaldstr. 49 – ein viergeschossiger freundlicher Neubau am Siedlungsrand. Die lange Eingangsrampe führt ums Haus. Wir werden erwartet.

Zahide Derin ist in Essen geboren, kurz nachdem ihre Eltern aus Zonguldak an der türkischen Schwarzmeerküste hierher kamen. Der Vater ging als Bergmann zur Zeche Ewald. Die Mutter eine früh aufstehende leidenschaftliche Gärtnerin. Beide leben jetzt in den Frühjahrs- und Sommermonaten in ihrem Heimatort in der Türkei, kommen immer wieder im Winter zur Familie ihrer Tochter. Auch um Checks bei Ärzten zu absolvieren. Zahide Derin hat Friseur gelernt und lebt mit Mann und Tochter in Oberhausen. Zahide ist in Tackenberg zu einer sehr kompetenten sozialen Arbeiterin geworden. Halbtags arbeitet sie heute bei der Lebenshilfe Oberhausen und den anderen halben Tag hier in der Wasgenwaldstr. 49 für ihr Projekt, bei „Pro Wohnen International“. War erst im Moschee-Vorstand aktiv und begann dann, sich intensiv um das Leben alternder Migranten am Tackenberg zu kümmern. Sie sollten den doppelten Lebensmittelpunkt, den viele dann haben, mit den unterschiedlichen Kulturen im Alltag besser zusammenhalten können – hier im immer noch von industrieller Arbeit geprägten Ruhrgebiet und dort im ländlichen Osten der Türkei.



Ein spannendes Wohnmodell ist durch Umbau von Wohnungen der Oberhausener Wohnungsgesellschaft entstanden, das Grundlagen für das ganze zweipolige Leben bietet und es bezahlbar zusammenhalten kann. Zum einen sind durch

Wohnungsteilung kleine, auch warm bezahlbare Wohnungen für Paare entstanden. Dann gibt es noch Wohneinheiten für drei Mietende, die je ein Zimmer haben und sich Küche und Wohnzimmer teilen. Sie sind gedacht für Menschen, die einen Großteil des Jahres in ihren Herkunftsländern verbringen. Sie mieten sich mit den Zimmern auch kleine Dienste wie Post- und Blumenversorgung dazu und eine Reinigung des Treppenhauses. Ein Gemeinschaftsraum kann für Feste und gemeinsame Aktivitäten genutzt werden. Pro Wohnen hat das Belegrecht für alles. Gegenwärtig wohnen in einer großen Wohnung drei junge Frauen, die betreut werden. In der zweiten wohnt der Betreuer und hat sein Büro.

Zusammengehalten wird alles im Erdgeschoss des Hauses mit Gemeinschaftsraum und Beratungsbüro. Hier hat auch Zahide ihren Ort. „Ich schicke keinen nach Hause.“ Sie berät, ist Ansprechperson, organisiert Kontakte mit Behörden und entwickelt mit Hilfen Gruppen- und Nachbarschaftstreffen, kleine Veranstaltungen und sogar Ausstellungen zum Alltagsleben. Zahide ist die lebende Achse für den Zusammenhang und den Bezug zum Ortsteil. Offensichtlich mehr als die bezahlte Zeit zweimal in der Woche.

Während unseres Gesprächs geht ab und zu die Tür. Eine junge Frau fragt: „... noch etwas Tee?“ Nach dem zweiten ist das freundliche Gespräch schon weit über die Zeit. Für Zahide wartet schon die nächste Verabredung. Wir gehen noch etwas essen – im Restaurant gegenüber der Moschee. Der Imam ruft zum Mittagsgebet.

Manfred Walz, Stadtplaner, freut sich bei Menschenorte immer wieder originale und originelle Ruhrgebietende zu treffen.

Sebastian Müller, Jg. 1940, Stadtsoziologe, Mitarbeiter bei AKOPLAN, lebt und schreibt in Dortmund.

Konzern
Kritik
vor dem
Aus!



**Coordination
gegen BAYER-
Gefahren
braucht
175 neue
Fördermitglieder**

Klima Pestizide
Gen-Food
Wasserverseuchung
Luftverschmutzung
Chemiewaffen Giftmüll
Kartellbetrug
Duogynon Bienensterben Aids
gefährliche Antibaby-Pillen Kinderversuch

Kostenlose Infos anfordern.
info2@CBGnetwork.org



www.CBGnetwork.org

Wilhelm Neurohr

Wem gehört die Stadt – den transatlantischen Freihändlern?

Normalerweise wäre die Frage, wem unsere Stadt und unser Gemeinwesen gehören, ganz einfach und eindeutig zu beantworten. Und zwar mit Verweis auf den Artikel 28 (2) unseres Grundgesetzes und die Bestimmungen der Kommunalverfassungen und Gemeindeordnungen der Bundesländer: nämlich den Bürgerinnen und Bürgern! Doch nun sollen sich die „normalen politischen Verhältnisse“ durch ein Abkommen zur transatlantischen Handels- und Investitions-Partnerschaft mit den USA und Kanada (mit dem Kürzel TTIP) grundlegend ändern. Es wird durch die EU geheim verhandelt.

Internationale Dienstleistungskonzerne auf Beutezug in unseren Städten

Nach vielen gescheiterten Versuchen in der Vergangenheit, über Handelsabkommen (wie MAI, GATS, TRIPS, ACTA, TiSA) oder die EU-Dienstleistungsrichtlinie oder EU-Konzessionsrichtlinie zur Wasserprivatisierung die Kommerzialisierung kommunaler Dienstleistungen und Einrichtungen zu erzwingen, wird dieses Ansinnen durch TIPP nun erneut verfolgt.

Es will einen finalen Beutezug der internationalen Dienstleistungskonzerne auf dem Territorium der insgesamt 200.000 bis 300.000 Gebietskörperschaften in ganz Europa und dem EU-Binnenmarkt, der zu 60-70% ein Dienstleistungsmarkt ist. Was macht unsere Städte so begehrenswert für die internationalen Dienstleistungskonzerne? Städte und Gemeinden in Europa bieten eine Vielzahl von Dienstleistungen selbst oder durch kommunale Unternehmen an. Allein die Kommunen in Deutschland vergeben jährlich Aufträge im Wert von 200 Mrd. €. Deshalb ist das öffentliche Vergabe- und Beschaffungswesen Bestandteil des geplanten TTIP-Abkommens. Man spekuliert auf 1 Bio. Dollar Profite durch Privatisierung des Wassermarktes, auf weitere 3,5 Bio. € beim Gesundheitswesen und auf weitere 2,5 Bio. Dollar aus dem „Bildungsmarkt“ – um nur die drei größten Wachstumsmärkte zu nennen.

Es geht um den Handel mit Dienstleistungen und noch viel mehr

In dem geplanten Freihandelsabkommen für die größte und dominante Freihandelszone der Welt geht es vor allem auch um Handel mit Dienstleistungen und um Teilhabe an der öffentlichen Auftragsvergabe. Ferner umfasst es den Handel mit Finanzprodukten, es geht um Patente und Urheberrech-

te, um die Nutzung von Land und Rohstoffen, aber auch um kulturelle Dienstleistungen. Es geht um die Marktöffnung für Abfallentsorgung, Energie und Transportwesen, Wasser- und Abwasserwirtschaft sowie Verkehr und öffentlichen Nahverkehr.

Dafür müssen Sozialstandards, Verbraucher- und Umweltstandards, Regelungen des Tarif- und Arbeitsrechtes geändert, „Subventionsabbau“ und die Beschleunigung von Antrags- und Planverfahren (mit eingeschränkter Bürgerbeteiligung) betrieben werden. Damit sind fast alle Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Selbstverwaltung und Planungshoheit massiv betroffen, obwohl von der EU-Handelskommission bestritten. All das heißt verharmlosend: Marktöffnungen nur marktrelevanter Bereiche für ausländische Anbieter genauso wie für Inländer und Beseitigung handelshemmender Barrieren.



Foto: Ordensleute für den Frieden, Frankfurt/M. bei der Ökumenischen Versammlung Mainz am 2. Mai 2014 vor der Deutschen Bank

Parallel finden Verhandlungen für ein Nachfolgeabkommen für das GATS-Abkommen der WTO für den Handel mit Dienstleistungen statt, um künftig alles zu liberalisieren, was nicht in Ausnahmen ausdrücklich erwähnt ist. Damit werden die Städte durch zwei Abkommen gleichzeitig in die Zange genommen.

EU und Bundesregierung verkaufen verfassungswidrig unsere Städte

Obwohl die EU laut Lissabon-Vertrag und gemäß Subsidiaritätsprinzip in die kommunalen und regionalen Selbstverwaltungsrechte nicht eingreifen darf, fördert unsere Bundesregierung den verfassungswidrigen Eingriff zur Entrechtung unserer Städte durch das TTIP-Abkommen. Das Primat der Politik wird zum Primat der Wirtschaft. Die Folgen insbesondere auch für unsere Städte sind erheblich, in deren Rechte nur durch Gesetze, nicht aber durch bilaterale Abkommen eingegriffen werden darf.

Was kommt auf die entrechteten Städte und ihre Bürgerinnen und Bürger zu?

Für die durch TTIP entrechteten Städte stellen sich in Zukunft beispielsweise folgende Fragen:

- Müssen die Städte bei öffentlichen Ausschreibungen künftig nicht nur europaweit, sondern auch in den USA oder

weltweit ausschreiben? Dürfen sie überhaupt noch entscheiden, ob sie eine Aufgabe selber erledigen oder sind sie generell gezwungen, sich stets der privaten Konkurrenz zu stellen? Ist die übliche „Inhouse-Vergabe“ im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit noch erlaubt? Dürfen die Städte bei der Ausschreibung künftig noch die üblichen Auflagen machen wie z.B. tarifliche Bezahlung oder Mindestlöhne, Einhaltung von Umweltstandards, von Qualitäts- und Sicherheitsstandards mit Vorlegen von Umwelt- und Gütesiegeln, fair gehandelte Produkte (ohne Kinderarbeit), nachhaltige Bauweisen usw.?

- Dürfen die Städte im Rahmen von städtischen Klimaschutzprojekten, als „Fair-Trade-Stadt“ oder im Rahmen der Wirtschaftsförderung örtliche und regionale Unternehmen, Produzenten oder Händler bevorzugen? Dürfen die Städte (zusammen mit dem Jobcenter) noch örtliche Arbeitsmarktprogramme uneingeschränkt auflegen? Wird die kommunale Planungshoheit eingeschränkt z.B. bei Umweltauflagen in Raumordnungs-, Flächennutzungs- oder Bebauungsplänen oder beim Verbot der Ansiedlung von Kaufmärkten auf grüner Wiese zugunsten gewachsener Einzelhandelsstrukturen in der Innenstadt?

- Ist die Gründung, Rekommunalisierung oder Betätigung eigener Stadtwerke noch zulässig oder müssen mit ihnen abgeschlossene Versorgungsverträge aufgehoben und Leitungsnetze für den Zugang Dritter ständig neu geöffnet werden? Unterliegen die Städte dann dem vollständigen Preiswettbewerb und erleiden sie Einnahmeverluste bei den Konzessionsabgaben? Ist der übliche Anschluss- und Benutzungszwang gefährdet? Droht die Privatisierung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung? Ist die Müll- oder Abfallentsorgung komplett für kommerzielle Anbieter zu öffnen und dürfen noch eigene Abfallwirtschaftskonzepte entwickelt werden?

- Gibt es neue Konkurrenz beim ÖPNV und Subventionsverbote (z.B. Sozialticket)? Gibt es im Straßenbau den Zwang zu PPP-Modellen? Wird der Sonderstatus der öffentlich-rechtlichen (kommunalen) Sparkassen gegenüber den Privatbanken erneut angegriffen, wenn die Finanzregelungen in TTIP einbezogen werden? Droht die Aufhebung von Frackingverboten (bisher durch Land und Bund geregelt) und damit Beeinträchtigung örtlicher Wasserschutzgebiete? Droht eine Veränderung der kleinbäuerlichen Strukturen in ländlichen Gemeinden durch Eindringen von Genmais etc.? Müssen die städtischen Kontrolleure oder die Kreisverwaltung bei ihren Kontrollen zum Verbraucherschutz abgesenkte Schutzstandards hinnehmen? Was kommt auf die kommunalen Datenzentralen hinsichtlich Patenten, Urheberrechten und Datenschutz zu?

- Wird die unverzichtbare Subventionierung von Bildungs- und Kultureinrichtungen in VHS, Musikschule, Stadtbücherei, Museen, Theater, Regional- und Lokalfunk etc. untersagt und müssen sich auch diese Einrichtungen den kommerziellen Anbietern im Wettbewerb stellen? Was ist mit den Sozialeinrichtungen wie Heimen, kommunalen Krankenhäusern, Rettungs- und Pflegediensten, sozialem Wohnungsbau? Was ist dann mit den Qualitätsmaßstäben, mit der Bezahlbarkeit, mit den kommunal erworbenen Kompetenzen? Und was ist allgemein mit dem gemeinnützigen Non-Profit-Sektor in den Städten, der auch kommerzielle Begehrlichkeiten weckt? Was

ist dann noch mit bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt sowie Gemeinwesenarbeit?

Was ist zu tun, damit die Stadt wieder uns gehört?

Da ohne freien oder für jeden bezahlbaren Zugang zu öffentlichen Diensten und Einrichtungen wie Bildung, Kultur, Soziales, Energie, Wasser usw. keine Einhaltung der Menschenrechte möglich ist, geht es hier um den Kampf um unsere Menschenrechte und um unsere Demokratie und Selbstverwaltung. Das Freihandelsabkommen TTIP ist ein Angriff auf Demokratie und Menschenrechte, auf europäische Sozial- und Umweltstandards – und kein Instrument fairer Handelspartnerschaft. Es geht nicht zuletzt auch um den Kampf für unsere Städte – oder um das, was davon übrig geblieben ist.

Was jetzt folgen muss, sind Initiativen über alle Stadträte landauf, landab gemäß § 23 der Gemeindeordnung NRW, wie bereits in zahlreichen Städten eingeleitet: Denn die Gemeinden haben ihre Einwohner über alle bedeutenden Angelegenheiten zu unterrichten und über wichtige Vorhaben und deren Folgen und Auswirkungen, die das wirtschaftliche, kulturelle und soziale Wohl ihrer Einwohner nachteilig berühren. Also: Ratsanfragen, Ratsresolutionen, Bürgerversammlungen, Marktplatzaktionen, Info-Veranstaltungen, Kandidatenbefragungen zur Kommunal- und Europawahl und danach Diskussion mit den Gewählten und vielleicht Schilder an den Ortseingängen und öffentlichen Einrichtungen: „TTIP-freie Zone“! Holen wir uns unsere Städte und unsere kommunale Selbstverwaltung zurück – notfalls auch per Verfassungsklage!

Wilhelm Neurohr (63) war 40 Jahre lang bei einer großen Kommunalverwaltung im Ruhrgebiet tätig als Planer sowie Agenda-Beauftragter und 18 Jahre als Personalratsvorsitzender. Vor dem 2. Bildungsweg im Bergbau unter Tage. Er gehört seit 45 Jahren der Gewerkschaft ver.di an, unterstützt Attac, Mehr Demokratie e.V. und Lobbycontrol

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von z.Zt. 18,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonentIn)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- Verrechnungsscheck über 18,- € liegt bei
- Überweisung über 18,- € ist erfolgt
 am _____ an AMOS, Marl, Konto 33 300 120
 Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01)

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

Viktoria Waltz

Recht auf die Stadt?

Für Palästinenser in Israel und den besetzten Gebieten ausgeschlossen

Das ‚Menschenrecht‘ auf Unversehrtheit und Würde des Einzelnen schließt das sichere Dach über dem Kopf ein, den Zugang zu Gesundheitssystemen, zu Nahrung, Kleidung und Bildung – und das ohne Einschränkung und Diskriminierung. Der Zugang zu Boden, Wasser und Luft gehört dazu und ist in unserer verstärkten Welt ein Recht auf die Stadt, die der zentrale Ort des Zugangs zu den genannten Systemen und Ressourcen geworden ist. Recht ohne Diskriminierung kann nur heißen, dass Boden, Wasser, Luft – und damit die Sicherung von angemessenem Wohnen, Bildung, Kultur und Gesundheit – der Profitgier des Kapitals entzogen sein und demokratisch verwaltet, bestimmt und geschützt werden muss.

Der nicht vermehrbare Boden ist jedoch in den meisten Gesellschaften Privateigentum, seine Nutzung unterliegt den Gesetzen des Marktes. Schlimmer noch – er wird heute international gehandelt, Nutzungsrechte werden an Kapitalgesellschaften fremder Länder vergeben, ‚gechartert‘ – und die darauf produzierten Nahrungsmittel werden an Börsen gehandelt. Allzu oft ist die Vertreibung von selbst wirtschaftenden Bauernfamilien in die Armutsghettos der Städte die Folge. Ihnen drohen Unterernährung, Säuglingssterben, Prostitution und Kriminalität. Jean Ziegler, UN-Kommissar und Kämpfer gegen all dies, arbeitet zur Zeit an einer Konvention, die diesen Prozess aufhalten, das Recht auf Boden und Nahrung sichern und den Handel damit verbieten soll.

Selbst wenn Ziegler Erfolg haben sollte, wird es ein Land geben, das sich diesem nicht unterwerfen wird, obwohl es dort fast kein Privateigentum an Boden gibt: Israel.

Der Boden und das Wasser sind in Israel zu über 90% staatlich und werden durch zionistische Organisationen verwaltet. Der Verkauf ist gesetzlich und prinzipiell untersagt, auch verpachtet wird nicht an Nicht-Juden. Die Planung und Produktion darauf unterliegt der zionistischen Logik: Ein ‚Jüdischer Staat‘ schließt die Nicht-Juden weitgehend aus. Die World Zionist Organisation (WZO), die Jewish Agency (JA) und die Israelische Land Authority (ILA) sind die Organisationen, die Entwicklungsziele, Raumordnung, Bodennutzung, Wohnungsplanung, Denkmalschutz, Landwirtschaft, Wasserwirtschaft, Verkehrsentwicklung und auch das Sozialsystem in den höchsten Staatsgremien leiten und beeinflussen. Das betrifft den gesamten Raum des Staates Israel nach 1948 – und nach 1967 auch Ost-Jerusalem, dessen Größe nach der Besetzung fast verzehnfacht und in Missachtung internationalen Rechts in den Staat Israel ‚eingemeindet‘ wurde. Darüber hinaus gilt eine zionistische Ordnung auch für den Raum der 1967 besetzten Gebiete der Westbank. Streng genommen hat sich die Kontrolle über den Boden durch die zionistisch ausgerichteten israelischen Behörden und Institutionen auf 94% Palästinas ausgedehnt, wie es 1923 als Mandatsgebiet des Völkerbundes festgehalten wurde.

Verfügungsrecht auf vielleicht noch 6% des ehemals eigenen Bodens für Palästinenser heute schließt für sie ein Recht auf Stadt in dieser Region so gut wie aus. Herrschaft durch ein ideologisch determiniertes Regime wie das israelische bedeutet die Verweigerung der universalen und unverhandelbaren Menschenrechte für die palästinensische autochthone Bevöl-

kerung Palästinas in Israel und den 1967 besetzten Gebieten und den Verstoß Israels gegen fast alle Artikel der UN Human Rights Declaration von 1948, wenn es um die Palästinenser in Israel und in den Besetzten Gebieten geht.

In Israel gibt es keine palästinensische Großstadt mehr. Die vor 1948 bestehenden sind entweder zerstört worden und/oder jüdisch besiedelte ‚New Towns‘ sind an ihre Stelle getreten. In den wenigen ‚Mixed Cities‘ wie Akka/Akko, Nazareth/Nazareth, Iljit oder Haifa schrumpft die palästinensische Bevölkerung. Baugenehmigungen sind an Masterpläne gebunden – für palästinensische Gemeinden gibt es diese nicht, es bleibt ihnen bei wachsender Bevölkerung (heute 25% in ganz Israel) gar nichts anderes übrig, als ‚illegal‘ zu bauen. Um El Fahem z.B., eine Kleinstadt mit ca. 45.000 Einwohnern am sog. ‚Dreieck‘, dem Nordostzipfel zur Grenze der Westbank, weist zu mehr als 70% Bauten ohne Genehmigung auf. Die Westbank wurde im sogenannten Friedensprozess nach 1993 und den Oslo-Verträgen in die Zonen A (‚Selbstverwaltung‘), Zone B (gemeinsam verwaltet, aber unter israelischer Sicherheitskontrolle, also faktisch ohne Autonomierechte) und die Zone C (vollständige israelische Kontrolle) unterteilt. C umfasst nicht nur die illegalen Kolonien, sondern weiträumige, strategisch ausgesuchte Flächen, die die wichtigsten Oberflächengewässer einschließen und die Kolonie-Gebiete mit ihren Verbindungsstraßen umfassen. C macht bis heute mehr als 60% des Westbank-Raumes aus – es leben neben den etwa 300.000 Siedlern darin nach einem aktuellen UN-Bericht 300.000 Palästinenser.

Was also bleibt? Zone A? 6%?

Viktoria Waltz, Jg. 1944, ist Planerin und Stadtforscherin. Seit ihrer Dissertation über die Siedlungspolitik Israels in Palästina 1986 hat sie deren Entwicklung stets weiter verfolgt. Immigranten und Stadtentwicklung ist ein weiterer Schwerpunkt ihrer Arbeit heute, Spurensuche und Spurensicherung für die erste Generation von Gastarbeitern im Ruhrgebiet ein Projekt.

Lesetipp

Viktoria Waltz

„Von Basel nach Jerusalem“ Ein Crash-Kurs zum Palästina-Konflikt
Theorie und Praxis Verlag, Hamburg Mai 2014
172 S., mit vielen Karten

Es begann 1897 in Basel, was wir heute den Palästina-Nahost-Konflikt nennen. Jerusalem, der Ort des Tempels, ist seit dieser Zeit im Fokus der Zionistischen Bewegung und ihrer Siedlerbewegung. Es vergeht kaum ein Tag, an dem diese Siedler nicht durch die Altstadt ziehen, die palästinensischen Bewohner bedrohen, ein Haus besetzen oder ein Stück des palästinensischen Kulturerbes zerstören.

In einem ‚Crash Kurs‘ beschreibt die bekannte Autorin Viktoria Waltz, Dozentin der Raumplanung, den Prozess von 1897 bis heute. Was als Regional-, Stadt- oder Raumplanung mit Masterplänen, Wohnungsbauprogrammen oder Verkehrspolitik verkauft wird, entlarvt sie als geplantes Programm der Usurpation Palästinas, der Enteignung und Vertreibung der autochthonen Bevölkerung dieses strategisch zentralen Raumes. Seit 1897 folgt ein Zerstörungsakt dem anderen, ein Crash löst den nächsten ab – die Liste ist endlos und bis heute nicht zu Ende. Einzigartig deutlich wird diese Kolonisierung in den vielen Karten dieser Untersuchung belegt. Sie wird sich weiter fortsetzen, auch wenn der Plan Israels, sich weltweit als ‚Jüdischer Staat‘ anerkennen zu lassen, aufgehen und dem inhärenten Rassismus auch weiterhin mit ‚Verständnis‘ begegnet werden sollte.

Johanna Fleischhauer

Wem gehört das Land?

ZWUWF

Auch diese Frage stellt sich, aus Weitwinkelperspektive, zum AMOS-Thema dieses Heftes. „Land wird knapp in NRW“, titelte am 26.2.2014 die WAZ. Etwa 10 ha Land würden täglich mit Straßen, Industrieanlagen etc. bebaut. Die taz berichtet fast zeitgleich, dass bundesweit Ackerland knapp wird, weil „Agrarkonzerne und branchenferne Investoren Ackerland als Kapitalanlage entdeckt haben.“ Es gibt dabei durchaus vergleichbare Problemstellungen zwischen entwickeltem Norden und globalem Süden, wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung.

Im Süden ist unmittelbar einsichtig, dass die Frage nach Besitz und Nutzung des Bodens existentielle Bedeutung hat. Trotz Land-Stadt-Migration lebt hier der Großteil der Bevölkerung noch auf dem Land, in afrikanischen Staaten bis zu 80%. Die Menschen sind abhängig von dem, was sie auf den Böden von Familie und Gemeinde ernten. Überschüsse werden auf Märkten der Region verkauft, ergänzen also die Subsistenzwirtschaft und versorgen die Städte. Dieses System wurde nach der Unabhängigkeit in den 1960er Jahren in vielen afrikanischen Ländern durch feste staatliche Ankaufpreise, Importzölle und Beratung der Bauern gefördert, was nicht ohne Probleme ablief, aber doch der einheimischen Landwirtschaft einen gewissen Schutz bot. Mit den vom Internationalen Währungsfonds geforderten Programmen der 1980er Jahre wurden die Zölle abgebaut; die landwirtschaftlichen Überschüsse Europas und der USA strömten auf die Binnenmärkte Afrikas. Staaten wie die Elfenbeinküste und Ruanda stellten sich mit dem Anbau von Kaffee, Tee, Südfrüchten, Kakao auf den Weltmarkt ein. Doch dann sanken die Weltmarktpreise drastisch und damit die Exporterlöse dieser Staaten, gefolgt von Verteilungskonflikten um wirtschaftliche und staatliche Ressourcen. In den 1990er Jahren verheerten Kriege vielerorts das Land. Unter friedlichen Verhältnissen registrierte die Welternährungsorganisation FAO allerdings eine bescheidene landwirtschaftliche Entwicklung, die angesichts von Klimaerwärmung und Dürren hart erarbeitet werden musste. „Wie viel Arbeit, wie viel Mühe für einen eintönigen Lebensstil“, schreibt die Journalistin Charlotte Wiedemann über den Alltag malischer Bauern, ohne konkrete Aussicht auf Verbesserung, nur zu ertragen mit enormer „struktureller Geduld“.

Vielfach herrschte somit bereits eine prekäre Situation, als 2004 und stärker 2008 die Krisen der Weltwirtschaft in Afrika einbrachen. Die Preise für Energie und Lebensmittel schnellten in die Höhe; Hungersnöte folgten. Seitdem unterliegen die Nahrungsmittelpreise starken Schwankungen. Die Gründe sind bekannt: Energiekosten bei Transport und Erzeugung von Lebensmitteln, Anbau von Biokraftstoffen, Getreide als Futtermittel für den steigenden Fleischkonsum in Industrie- und Schwellenländern, Spekulation, Naturkatastrophen und Krisen in Getreide exportierenden Staaten (USA, Russland, Thailand, aktuell Ukraine). Zwar wurden stärkere Hilfen für die kleinbäuerliche Landwirtschaft in armen Ländern gefordert, doch viele „Geberländer“ reduzierten seit der Finanzkrise ihre Hilfen.

Stattdessen verstärkten Investoren aus Industriestaaten, Indien, China, Saudi-Arabien, Brasilien u.a. den Kauf von

Ackerflächen in armen Ländern und Regionen. So wurden 41 Mio. Hektar in Afrika allein 2011 übernommen. Die ansässige Bevölkerung, die oft keine Besitzurkunde vorweisen kann, wird bei diesem ‚land grabbing‘ teils vertrieben, wie durch eine Kaffeeplantage des Konzerns Neumann in Uganda, teils mit nicht eingelösten Versprechen angestellt. Die Arbeitsbedingungen verletzen oft Menschenrechte, industrialisierte Anbaumethoden belasten die Umwelt. Die Produkte sind für den Export bestimmt, sodass sich Armut und Hunger verstärken. Gegen diese Entwicklung gab es Widerstand. In über 20 Staaten kam es 2008/9 zu Hungeraufständen, die sich in stärker politisierten Gesellschaften wie Burkina Faso oder Senegal ausweiteten zu Forderungen nach politischer Veränderung. Widerstand gibt es auch gegen die Enteignung durch einheimische Eliten, z.B. in Kenia, und parallel, dort und in Südafrika, gegen Gentrifizierung, die Vertreibung der Armen aus ihren Vierteln in attraktiv gewordener Lage.

Weltbank und EU werten Landnahmen als Entwicklungsprojekte, die sie mit hohen Zuschüssen fördern. Die „neue Afrikapolitik“ des deutschen Entwicklungsministeriums nennt Afrikas Böden „seinen großen ungehobenen Schatz“ und strebt „gemeinsam mit der Wirtschaft“ die „Modernisierung der afrikanischen Landwirtschaft“ an. Werden Brot für die Welt und andere entwicklungspolitische Gruppen öffentlich informieren und kritisch Stellung beziehen, wenn es hier auch um ‚land grabbing‘ geht?

Johanna Fleischhauer beschäftigt sich als Sozial- und Politikwissenschaftlerin mit afrikanischen Themen.

zum Weiterlesen:

Land – Konflikt, Politik, Profit.

Peripherie Heft 124,
Nov. 2011, Vlg. Westfälisches Dampfboot

Fred Pierce

Landgrabbing: Der globale Kampf um den Boden
München 2012



BUKO BRAUCHT KOHLE.

Für linke Debatten & Transnationale Vernetzung

Verein zur Förderung entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit e.V.

Darlehensgenossenschaft eG Kiel, BLZ 210 602 37, Kto.: 234 389

IBAN DE 64 2106 0237 0000 2343 89, BIC/SWIFT GENODEF1EDG

www.buko-braucht-kohle.de

AMOS – erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet
ISSN 1615 – 3278

Postvertriebsstück: Gebühr bezahlt

Verlag:

AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Straße 2 · D-45768 Marl

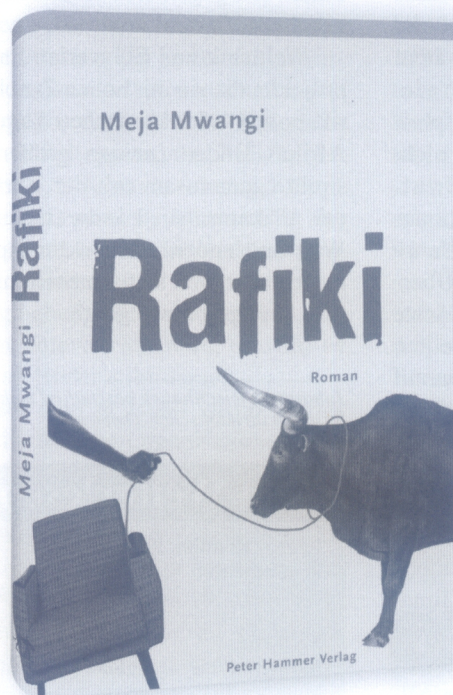
E-Mail: redaktion@amos-zeitschrift.de

Internet: <http://www.amos-zeitschrift.de>

— K 12123 —

Rafiki

Irrwitziger Feldzug eines
kenianischen Don Quijote



Meja Mwangi

Rafiki

Roman

Aus dem Englischen von

Thomas Brückner

328 S., geb., € 22,-

ISBN 978-3-7795-0482-5

Rafiki, den Mann mit der Gitarre, kennt jeder in Nanyuki. Immer freundlich, immer fröhlich, immer knapp bei Kasse tingelt er durch die maroden Straßen der Stadt. Er wäre ein glücklicher Mann, hätte seine Frau Sweettea ihm nicht die Pistole auf die Brust gesetzt: Wenn er nicht endlich das Geld für das Studium seiner Tochter verdient, verlässt sie das Haus mit allem, was darin ist.

Eine verrückte Geschichte von skurrilen Dilettanten und Frauen, die es leid sind!



PETER HAMMER VERLAG

www.peter-hammer-verlag.de